

rundschreiben
03/22



medico international



Ungeheuer normal

Flut in Pakistan: Reparationen statt Hilfe
Chile hat abgestimmt, Brasilien wählt
EU-Grenzpolitik: Eskalation der Gewalt

Titelbild: Land unter in Pakistan: Hunderte von Quadratkilometern stehen nach den heftigen Monsunregen unter Wasser. Foto: REUTERS/Akhtar Soomro

Fotos der Autor:innen: medico, Privat

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
D-60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

**Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,
Mario Neumann, Christian Sälzer
Korrektorat: Silke Weidner
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt**

**Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.**

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 03/22

- 4 **Editorial**
- 6 **Politik der Verweigerung**
Globale Entschuldung und Weltsozialpolitik
- 10 **Was schon Heiner Müller wusste**
Interview mit medico-Geschäftsführer Tsafrir Cohen
- WACHSENDE KRISEN, SCHWINDENDE RÄUME**
- 14 **Um jeden Preis**
Gewalt und Entrechtung an den EU-Außengrenzen
- 20 **Klimapolitik gegen die Armen**
Agrarökologie und Dekolonisierung in Kenia
- 22 **Hilfe? Reparationen!**
Die Klimakrise setzt Pakistan unter Wasser
- 24 **Unrecht, das straffrei bleibt**
Israel: Kriminalisierung palästinensischer Organisationen
- 26 **Hoffen auf Zukunft**
Nothilfe in der Ukraine
- 30 **Projekte Projektionen**
Afghanistan, Globale Allianz, Südafrika
- NACH KASSEL**
- 32 **Documenta-Streit**
Komplexe indonesisch-israelische Geschichte
- 36 **Thema verfehlt**
Globale Erinnerungskultur und eine deutsche Debatte
- ZWISCHEN VERZWEIFLUNG UND HOFFNUNG**
- 38 **Unschlagbarer Neoliberalismus?**
Chile nach dem verlorenen Plebiszit
- 42 **Showdown**
Brasilien zwischen Bolsonaro und Lula
- 47 **Ein Fiasko ist möglich**
Guilherme Boulos über die Spannungen Lateinamerikas
- 50 **medico aktiv**
Rojava-Tagung, Utopischer Raum, Kritische-Hilfe-Reihe
- 52 **Bestellen & Verbreiten**
- 54 **Spenden & Stiften**

Eine Zeitenwende: Die Renaissance des Sicherheitsbegriffs zielt nun auf Wehrhaftigkeit und nationale militärische Interessen

Liebe Leser und Leserinnen,

das Thema „Sicherheit“ begleitet medico seit Jahrzehnten. Auf unserer Website finden sich viele Texte, die sich mit der von diesem Begriff ausgehenden Gefahr beschäftigen. Die „Versicherheitlichung“ von nationaler und globaler Politik, die sich gerade im Gesundheitsbereich immer wieder zeigt, haben wir konsequent kritisiert. Das Recht aller auf gleichen Zugang zu Gesundheitsmöglichkeiten steht einem Verständnis von Gesundheit als Gesundheitssicherheit diametral gegenüber. Denn Gesundheitssicherheit geht nicht vom gleichen Recht aller aus, sondern definiert Sicherheitsinteressen der einen gegen die der anderen. In der Covid-Pandemie konnte das jede und jeder mit eigenen Augen beobachten. Noch bevor wir die Folgen dieser globalen Politik der Gesundheitssicherheit in aller analytischen Schärfe durchdrungen haben, stehen wir erneut vor der Renaissance des Sicherheitsbegriffs. Nun im klassischen Sinne.

In Deutschland wird eine nationale Sicherheitsstrategie entwickelt, die sich von „alten Selbstbildern“ befreien soll, und eine „militärische Führungsrolle“ für Deutschland beansprucht. Das alles und noch viel mehr forderte die sozialdemokratische Verteidigungsministerin Christine Lambrecht kürzlich in ihrer Grundsatzrede zur „nationalen Sicherheitsstrategie“. Sie räumt auf mit der „Skepsis vor dem Militärischen“, schließlich seien NS-Zeit und der deutsche Militarismus nun lang genug vorüber.

Uuups. Was sie in dieser Rede sagt, weckt eher die alte Skepsis. Schlimmer noch ist, was sie in dieser auf eine neue deutsche „Wehrbereitschaft“ (davon sprach Außenministerin Baerbock) abzielenden Rede nicht sagt: Sie findet kein Wort zu der Idee einer gemeinsamen, global gedachten Sicherheit. Dass man eine auf Rechten basierende internationale Ordnung braucht und dass auch eine kluge Sicherheitspolitik dieses Horizonts bedarf, hielt sie nicht für erwähnenswert. Damit gibt sie die Reziprozität des Sicherheitsbegriffs, die ihn entmilitarisiert, auf und damit viel von dem, was sozialdemokratische Politik in Deutschland seit Willy Brandt und Wolfgang Eppler ausgemacht hat.



**Katja Maurer ist
Chefredakteurin des
medico-rundschrei-
bens.**

Schon in diesem Heft zeigen sich Folgen. Militarisiert ist unsere Sicherheitspolitik schon lange, wenn es um den Umgang mit Flüchtenden geht. Wie sie konkret aussieht und auf dramatische Weise eskaliert, beschreiben Kerem Schamberger und Valeria Hänsel. Wie globale Klimapolitik an der Ignoranz des Nordens scheitert, obwohl es doch gerade hier um die eigene Zukunft geht, von der Frau Lambrecht sprach, zeigt sich im Interview mit David Otieno aus Kenia und in dem Bericht zu Pakistan. Weitere Themen dieses Heftes sind unter anderem der Terrorvorwurf gegen unsere palästinensischen Partner:innen und die humanitäre Arbeit unserer Kolleg:innen in Charkiw. Ein Schwerpunkt dieses Heftes bildet die Entwicklung in Südamerika: Chile und Brasilien zwischen Hoffnung und Verzweiflung. Mittendrin die medico-Partner:innen. Der Documenta-Streit ist wieder ein Thema. Im letzten Heft hatten wir im weitesten Sinne dazu ein Gespräch mit Charlotte Wiedemann. Darin wurde der Umgang mit Antisemitismusvorwürfen gegenüber beteiligten palästinensischen Kollektiven kritisiert, die sich dann auch als nicht haltbar erwiesen. Zum Zeitpunkt des Gesprächs war das Banner der indonesischen Gruppe Taring Padi, in dem antisemitisch konnotierte Figuren auftauchten, allerdings noch nicht bekannt. Das haben einige unserer Leser:innen kritisch angemerkt. Die Debatte kam auf, als das Rundschreiben bereits in Druck war.

Zu guter Letzt möchte ich Sie auf das Interview mit Tsafrir Cohen hinweisen, an den sich einige sicher noch aus seiner früheren Zeit als medico-Mitarbeiter und regelmäßiger Autor des Rundschreibens erinnern. Nun beschreibt er als neuer medico-Geschäftsführer die Dringlichkeit, mit der sich der „Westen“ seiner Gewaltgeschichte und -gegenwart stellen müsse. Er tut das mit einem erstaunlichen Optimismus, der gerade jetzt nötig ist.

Herzlichst Ihre



Politik der Ver- weigerung

Die Krisen der Welt drängen globale Lösungen geradezu auf. Getan wird das Gegenteil

Von Anne Jung

Die Vorstellung einer anderen Welt, für deren Ermöglichung in den 2000er-Jahren international noch Hunderttausende protestierten, ist längst zu einer verblassten Sehnsucht geworden. Die vergangenen Jahre haben die politische Lähmung noch einmal verstärkt. Die lange Isolation durch die Corona-Pandemie und die Ängste angesichts des unhaltbaren Zustands der Welt lassen kaum einen globalen solidarischen Blick auf das Geschehen oder gar Antworten zum Umgang mit der multiplen Krise zu. Dieses Vakuum wird von der Bundesregierung gefüllt mit einer Krisenbewältigung, die weiter spaltet und suggeriert, es werde irgendwie schon bald wieder gut. Raum für kollektive Ansätze lässt das nicht.

Beginnen wir mit der Energiekrise. Eine Übergewinnsteuer ist möglich. Während hierzulande keine Mehrheit für diese Sondersteuer zustande kommt, um die sozialen Folgen der Energiekrise abzufedern, wurde sie in Spanien längst eingeführt. Mit den Mehreinnahmen sollen unter anderem die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs finanziert und die Mindestlöhne spürbar erhöht werden. Während Spanien und andere Länder der EU vormachen, wie es gehen kann, wird hierzulande eine Gasumlage eingeführt. Hier zeigt sich unverhohlen die unverantwortliche Krisenbewältigung made in Germany: Gewinne werden privatisiert und gesteigert, Risiken vergemeinschaftet. Lösungen, die zum gesellschaftli-

chen Ausgleich beitragen würden, sucht man vergebens. Müssen sich die Armen im Winter halt warm anziehen. Gleichzeitig versperrt der Streit um eine Übergewinnsteuer den Blick darauf, dass eine Erhöhung der Körperschaftsteuer und die Einführung einer Vermögenssteuer einen substanzielleren Beitrag leisten könnten, dem Krisengeschehen zu begegnen. Zurzeit wird viel über Rettungspakete und Entlastungen diskutiert. Nie aber taucht die Option auf, dass diese auch über den nationalen Rahmen hinausgehen müssten.

Gewinne für wenige, Risiken für den Rest

Dass die Frage nach den Eigentumsverhältnissen welthistorisch nicht zufriedenstellend beantwortet ist, ist das eine. Dass sie selbst in globalen Krisenzeiten nicht einmal gestellt wird, ist das andere und zutiefst ernüchternd. Für Unternehmen hingegen sind das großartige Bedingungen. In der Corona-Pandemie haben sie dazu geführt, dass die Gewinne der Pharmaindustrie exorbitant stiegen – allein Biontech hat im vergangenen Jahr Gewinne von zehn Milliarden Euro verbucht. Zwar wurden für die Entwicklung des Covid-Impfstoffs insgesamt acht Milliarden Euro öffentliche Gelder beigesteuert (Biontech erhielt fast 400 Millionen Euro). Vorgaben, zu welchen Preisen die Impfstoffe verkauft werden dürfen, gab es dennoch nicht. Weil auch

am Patentsystem nicht gerüttelt wurde, hingen arme Länder am Tropf der Hilfe. Die Botschaft war klar und deutlich: Eure Leben zählen nicht. Das Primat des (europäischen) Nationalismus und des Kapitalismus hat sich gegen die Verteidigung der Menschenrechte durchgesetzt.

All das hat Methode – siehe die brandneue Handelsagenda der Bundesregierung. Auch sie blendet die Anliegen des Globalen Südens konsequent aus. Trotz des dramatischen Anstiegs des Welthungers in Folge verfehlter Agrarpolitik, Pandemie und Ukraine-Krieg hält Europa an der Subventionierung seiner Landwirtschaft zulasten kleinbäuerlicher Betriebe anderswo fest und verhandelt weitere Freihandelsabkommen. Unbeirrbar wird die Europe-first-Politik fortgesetzt.

Pakistan: Too big to notice?

Die tödlichen Folgen dieser Politik der Verweigerung erleben wir gerade in Pakistan. Monsunregen bisher unbekanntes Ausmaßes haben etwa die Fläche Deutschlands überflutet (siehe auch den Beitrag auf Seite 22). Millionen Menschen haben ihr Zuhause und ihre Ernte verloren, 1.500 sind bereits gestorben. Dem gerade erschienenen neuen Weltrisikobericht zufolge ist Pakistan eines der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Länder überhaupt. Insofern ist die aktuelle Flut im wahrsten Sinne eine globale Katastrophe und Vorbotin dessen, was kommen wird. Und dennoch oder gerade deshalb wird hierzulande schon nach wenigen Tagen kaum mehr über die dortige Situation berichtet. Die Katastrophe wird ignoriert, weil sie Angst macht. Sie wird aber auch verdrängt, weil sie die Folgen unserer Lebensweise offenlegt. Die Wassermassen erinnern daran, dass ärmere Staaten seit Jahren vergeblich einen von den Hauptverursachern des Klimawandels finanzierten Fonds für Schäden und

Verluste fordern, mit dem von Dürren, Fluten und Hungersnöten Betroffene unterstützt werden können. Europa und die USA haben die Einrichtung eines solchen Fonds bei der Klimakonferenz Ende 2021 abermals verhindert. „Der Globale Süden wird dieses Jahrhundert

Die massive Verschuldung bedeutet, die Zukunft des Globalen Südens zu kolonisieren. Politisch gewendet: Entschuldung ist postkoloniale Praxis.

ohne Klimagerechtigkeit nicht überleben. Ihr im Westen redet über Papierstrohhalm. Wir im Globalen Süden reden über Reparationen“, fasst die pakistanische Schriftstellerin Fatima Bhutto die Prioritäten zusammen. So banal es ist: Die verfehlte Steuerdebatte könnte Ausgangspunkt für eine globale Perspektive sein. Mittel aus einer erhöhten Besteuerung von Unternehmen und großer Einkommen müssen in globale Fonds fließen, wie sie die arm gehaltenen Länder schon lange fordern.

Ist die Katastrophe zu gewaltig, um sich ihrer gewahr werden zu können? „Too big to notice?“ „Unsere Länder und unser Leben sind für die ganze Welt entbehrlich. Wir haben das schon immer gewusst, aber jetzt kochen wir vor Wut“, schreibt Fatima Bhutto. „Was soll man auch anderes empfinden, wenn ein ganzes Land mit ertrinkenden Armen um Klimahilfe und Unterstützung betteln muss?“ Die Flut in Pakistan markiert einen weiteren Schritt in Richtung einer Teilung der Welt, in der unbewohnbare Zonen entstehen, die von den reichen Inseln des Wohlstands nicht nur ausgeschlossen, sondern geradezu abgespalten werden. Im Jahr

2050 könnte einer Studie zufolge der Lebensraum von mehr als einer Milliarde Menschen auf der Welt bedroht sein.

Aus den Augen, aus dem Sinn – und damit heraus aus dem eigenen Verantwortungsbereich. In Sonntagsreden wird ein neuer Multilateralismus beschworen, aber Deutschland ist nicht bereit, sich mit den Forderungen der UNO zu befassen, global Soforthilfe zu organisieren und mit den notwendigen Maßnahmen gegen die Klimakrise vorzugehen. Nicht einmal ein Tempolimit ist durchsetzbar.

Teil der Welt werden

Pandemie, Klimakrise, Krieg. Nach einem halben Jahrhundert ist Europa erneut und unfreiwillig „Teil der Welt geworden“, wie es Radwa Khaled-Ibrahim in einem Beitrag zur Flut im Ahrtal treffend beschrieben hat. Die Klimakrise kehrt nach Hause zurück, denn hier nahm sie mit dem Entstehen der kapitalistischen Wirtschaftsweise ihren Ausgang. Von alleine, das zeigen diese Schlaglichter auf die Politik Europas und Deutschlands deutlich, wird es zu keinem radikalen Richtungswechsel kommen. Wirklich Teil der Welt zu werden, würde bedeuten, Abschied zu nehmen von der imperialen Lebensweise, die unseren Wohlstand auf Kosten der Ressourcen des Globalen Südens und der Menschenrechte um jeden Preis aufrecht zu halten versucht.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Räume für politisches Denken und Handeln neu gefunden werden. Das ist ganz wörtlich zu verstehen. Denn wenn hierzulande infolge steigender Energiepreise Millionen Menschen existenzbedrohende Mehrkosten bevorstehen, brauchen sie solidarische Unterstützung und kollektive Lösungen. Das darf aber nicht um den Preis geschehen, dass die hiesige Energie-

versorgung durch die verstärkte Plünderung von Rohstoffen im Kongo abgesichert wird. Teil der Welt zu werden meint zu erkennen, dass die Kämpfe um Ernährungssouveränität in Somalia zusammenhängen mit der Agrarpolitik Europas. Es bedeutet, sich in Beziehung zu setzen zu Sozialprotesten in Südafrika gegen die auch dort stattfindenden Preiserhöhungen.

Ein Schuldenerlass für die ärmsten Länder ist die zentrale Voraussetzung für emanzipatorische Veränderungen: Das multiple Krisengeschehen hat zur Überschuldung von mehr als 40 Ländern geführt, die zur Abfederung des Katastrophengeschehens und teurer Energieimporte gezwungen sind, immer neue Schulden aufzunehmen. Die von medico unterstützte Debt-for-Climate-Campaign will diesen Kreislauf durchbrechen und nimmt diese Forderung aus den späten 1990er-Jahren wieder auf. Sie tut das in dem Wissen, dass die massive Verschuldung nichts weniger bedeutet als die Zukunft des Globalen Südens zu kolonisieren. Oder politisch gewendet: Entschuldung ist postkoloniale Praxis. Die unterschiedlichen Stränge in einer internationalistischen Perspektive zu verknüpfen ist bitter nötig und zugleich der beste Schutz davor, dass Sozialproteste, wie sie langsam auch hierzulande Fahrt aufnehmen, von rechten Kräften instrumentalisiert werden können. Das Gebot der Stunde heißt Weltsozialpolitik von unten.



Anne Jung ist Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit von medico. Während sie diesen Beitrag schrieb, ging ein Tweet von ihr viral: Laut einer Studie hat die tagesschau in den ersten Monaten des Jahres dem Sport mehr Sendezeit eingeräumt als den Staaten des Globalen Südens zusammen und dem britischen Königshaus mehr als dem Welthunger. Und da war die Queen noch nicht gestorben.

schen Königshaus mehr als dem Welthunger. Und da war die Queen noch nicht gestorben.

Was schon Heiner Müller wusste

Ein Gespräch mit medicos neuem Geschäftsführer Tsafir Cohen über falsche Ost-West-Gegensätze, ausbleibende historische Gerechtigkeit und Berufsoptimismus in schweren Zeiten

Tsafir, nach acht Jahren bist du zurück bei medico, nun als Geschäftsführer. Was vielen, die dich noch nicht kannten, aufgefallen ist, ist deine gute Laune. Ist das auch eine politische Botschaft: Kann und darf die Arbeit bei einer Hilfsorganisation Spaß machen?

Diese Frage muss ich biografisch beantworten: Ich komme aus einer aufstrebenden Arbeiterklassenfamilie aus einem damaligen Entwicklungsland. Das Leben war immer hart, doch gleichzeitig war die Welt ein Versprechen. Und ich glaube, dass man das auch in einer Organisation wie der unseren so sehen kann und auch sollte. Wir arbeiten bei medico in Krisensituationen und schlimmen Momenten – bei Massenmorden im Irak, bei der Belagerung des Gazastreifens, in den dunkelsten Zeiten Lateinamerikas, zur Zeit der Apartheid in Südafrika. Wir haben vieles miterlebt, zuletzt in Afghanistan, in Haiti, im zusammenbrechenden Libanon. Auf der anderen Seite sind wir eine Organisation, die mehr ist als das. Das zeigt auch unsere Bildsprache: Wir zeigen Menschen, die eine Idee haben von der Welt, wie sie sein sollte. Deshalb müssen wir eigentlich Berufsoptimisten sein, wenn wir hier arbeiten. Übrigens: Ich habe ja bis vor kurzem in London gelebt und ich muss sagen, dass die Weltuntergangsstimmung hier in Deutschland schon beson-

ders ausgeprägt ist. Ich erlebe das nicht zum ersten Mal, seit 1986 habe ich in Deutschland schon mehrere kommende Weltuntergänge erlebt, die so dann doch nicht stattgefunden haben.

Man hat früher gerne gesagt, die Marxisten hätten zehn der letzten drei Krisen vorhergesehen. Jetzt könnte ich ja entgegnen: Die Deutschen haben vielleicht fünfmal falschgelegen, aber jetzt geht die Welt wirklich unter... Die Realität der letzten Jahre, von Corona, Klimakrise und Krieg spricht Bände.

Die Zuspitzung des Krisengeschehens ist offensichtlich. Es geht nicht darum, das zu leugnen, sondern einen politischen Umgang damit zu finden. Dafür scheint mir das Wichtigste zu sein, nicht zu vergessen: Die Krisen waren und sind menschengemacht und deshalb können Menschen damit auch politisch umgehen. Die Menschheit hat alle Möglichkeiten dazu, sie nutzt sie nur nicht.

Ich habe den Eindruck, dass der „Globale Süden“ in vielerlei Hinsicht für dich weiterhin eine zentrale Kategorie für die Arbeit und die Haltung medicos ist. Viele stellen ihn heute zunehmend infrage. Wieso hältst du trotzdem daran fest?



Zurück bei medico: Hier war Tsafir Cohen bis 2014 für Projektkoordination und Öffentlichkeitsarbeit zu Israel und Palästina zuständig. Danach hat er bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Regionalbüros geleitet: zunächst Israel, dann Großbritannien und Irland.

Ich glaube, es gibt in einem spezifischen Sinne den Globalen Süden nach wie vor. Er wird sogar neu entdeckt. Es ist sehr wichtig, den Begriff zu bewahren, weil er dafür steht, die Arbeit an und mit der Geschichte ins Zentrum zu stellen, anstatt sich in der radikalen Gegenwärtigkeit mancher Debatten zu verlieren, die dadurch oftmals platt und oberflächlich werden. Der Globale Süden: Das sind die Länder und Regionen, die bis heute unter dem Verbrechen des Kolonialismus leben und leiden – unter seinem langen Schatten wie auch seiner Aktualität. Unter einem Kolonialismus, der nicht nur Länder in

ein Reich eingliederte und ausbeutete, sondern der die Menschen, die dort lebten, rassistisch und ethnisch zu definieren, auszugrenzen und zu vernichten versuchte. Das muss man sich einfach und immer wieder bewusst machen: Große Teile der Bevölkerung von Nordamerika, Südamerika, Australien und Afrika sind verklavt oder vernichtet worden. Das ist der Schatten der Aufklärung, ohnegleichen und immer noch weitestgehend unberücksichtigt im Selbstverständnis des „Westens“. Es sind Tatsachen, denen keine historische Gerechtigkeit widerfahren ist. Es gibt auf der ganzen Welt nicht ein einzi-

ges Museum über die Geschichte des Kolonialismus! Aber heute steht hinter dieser Frage nicht nur eine Schuld, sondern auch ein Aufbruch. Der dekoloniale Diskurs und die neuen Bewegungen wie Black Lives Matter sind vielleicht erst ein Anfang. Dass viele Länder des Globalen Südens die Solidarität mit „dem Westen“ im Ukraine-Krieg verweigern, gehört übrigens auch in diese Genealogie. Es gibt sogar einen Zusammenhang von dieser geopolitischen Realität mit der Diskussion über die Rückgabe von Raubkunst und kolonialen Beuten in den europäischen Museen.

Das musst du bitte erklären.

In dieser Frage liegt eine Symbolik, die für die ganz große politische Konstellation steht. Es gibt schlicht keine Reparatur, keine historische Gerechtigkeit, keine Reparationen, nicht einmal eine Anerkennung des kolonialen Erbes. Auch die Entwicklungspolitik bleibt oftmals einem kolonialen Geist verhaftet, der die Menschen zu erziehungsbedürftigen Kindern erklärt und sie nicht als Opfer und Nachfahren eines Menschheitsverbrechens sieht. Und je weniger Antworten Europa und der Westen auf das sich entwickelnde historische Bewusstsein findet, das sich vor allem jenseits seiner Grenzen verbreitet, umso mehr wenden sich ganze Regionen ab. Viele richten deshalb den Blick nach China. Warum? Diese Frage ist interessanter, als man denkt. Denn das vielleicht einzige Land, das in der Lage war, die Weltordnung des Kolonialismus auszuhebeln, war die kommunistische Volksrepublik China. Sie hat mehrere Hundert Millionen Menschen aus der Armut geholt. Das ist eigentlich die größte Erfolgsgeschichte der letzten Jahrzehnte, die jede Entwicklungsarbeit aus dem Westen auf eine gewisse Weise lächerlich macht. Angesichts der Gleichzeitigkeit von Fortschritt, Autoritarismus und Brutalität des Modernisierungsprojekts gegenüber der eigenen Bevölkerung ist das natürlich extrem problematisch, aber China

als politische nationale Einheit hat geschafft, was die afrikanischen Staaten nicht schaffen konnten, weil die Tiefe des Kolonialismus so enorm war, dass keine Kooperation oder Entwicklungszusammenarbeit etwas geändert hat. Deswegen geht der Blick nach China. In Washington wird das übrigens sehr genau be-

Der Westen besitzt kaum Glaubwürdigkeit, weil er seine Gewaltgeschichte ausblendet und seine imperiale Lebensweise verteidigt. Eine Welt ohne Autoritarismus wird heute in der Reparatur der Geschichte errungen.

obachtet, mittlerweile auch darauf reagiert. Im Nahen Osten ist die Lage ähnlich. Dort schaut man nicht auf Deutschland, nicht auf Brüssel, New York oder Genf, sondern auf Dubai. Wenn wir global keine autoritären Antworten haben möchten, dann müssen wir uns radikal verändern und nicht nur mit militärischer oder ökonomischer Stärke in der Welt behaupten.

Was heißt das für die Ukraine-Frage?

Der Ukraine-Krieg ist hierzulande als grundlegende Zäsur wahrgenommen worden. Tatsächlich haben die Geschehnisse in der Ukraine schon jetzt sichtbare, mitunter aber noch tiefergreifendere Rückwirkungen auf den bundesrepublikanischen Diskurs zu so wichtigen Fragen wie Krieg und Frieden und die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Gleichzeitig verhelfen uns die Ukraine-Geschehnisse auch zu einem klareren Blick auf diskursive und realpolitische Verschiebungen. Im Globalen Sü-

den gilt Russland als Verbündeter seit den Befreiungskämpfen und China wie gesagt als Inbegriff eines nachahmenswerten wirtschaftlichen Fortschritts. Der Westen und auch Europa müssen sich fragen, ob sie in alten kolonialen Denkmustern feststecken, wenn sie dem Autoritarismus im Namen der freien Welt mit einer gewissen Selbstgerechtigkeit den Kampf und sich selbst zu Freiheitskämpfern erklären. Wir erleben keinen Kampf zwischen einem freien, demokratischen, fortschrittlichen Westen und einem autoritären, zurückgebliebenen Osten. Es ist viel komplizierter: Es gibt ein autoritäres Fortschrittsversprechen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite werden Freiheit und Demokratie immer weiter entleert. Der Westen besitzt kaum Glaubwürdigkeit, weil er die eigene Gewaltgeschichte ausblendet und kein Angebot für große Teile der Welt hat, seine imperiale Lebensweise aber verteidigt. Eine Welt ohne Autoritarismus wird heute in der Reparatur der Geschichte errungen.

Du kommst in einer politisch außergewöhnlichen Lage zurück zu medico. Deswegen zwei Fragen auf einmal: Warum bist du zurückgekommen? Und wie kann es jetzt weitergehen? Die letzten acht Jahre haben mir gezeigt, dass medico ein politisches Zuhause für mich war und ist. Es gibt eine besondere medico-Fähigkeit, das Konkrete mit dem Allgemeinen und dem politischen Diskurs zu verbinden. Das ist das Großartigste, was ich bei medico gelernt habe. Wir wissen, dass wir die Welt nicht verändern mit Projekten, und dennoch geht es nicht ohne das konkrete Beispiel, das über sich hinausweist. Was kann das für die Zukunft heißen? medico ist in den letzten Jahren enorm gewachsen dank unserer Fördermitglieder und Freund:innen und steht eigentlich besser da denn je. Gleichzeitig gilt nach wie vor: Auch wenn wir zehnmal größer wären, würden wir die Welt mit der Arbeit unserer Partnerorganisationen allein nicht verändern. Die Projekte

sind bedeutend, sie verändern das Leben von Menschen und ermächtigen sie. Von wirklicher Kraft sind sie aber nur dann, wenn sie Impulse geben können für die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen. Das ist die Art und Weise, wie Hilfe überwunden werden kann. Und als Berufsoptimist sehe ich auch positive Tendenzen, die unsere Arbeit weiter prägen können. Für eine junge Generation ist heute der globale Raum eine Selbstverständlichkeit geworden. Ich sehe das in Bewegungen, neben Black Lives Matter etwa der globalen Klimabewegung, dem Feminismus und der Migration. Es muss ja nicht gleich die Revolution sein, aber diese Bewegungen werfen grundsätzliche Fragen auf.

Heiner Müller hat mal gesagt: „Optimismus ist nur ein Mangel an Information.“ Was würdest du ihm antworten?

Ich kannte Heiner Müller, einige Male war ich wegen Artikeln oder Interviews bei ihm zu Hause. Ich musste dann immer eine Flasche Black Label Johnnie Walker mitbringen. Die hat mehr gekostet, als ich für die Veröffentlichung bekommen habe. Aber es hat sich gelohnt. Und ich weiß von damals: Heiner Müller war ein sehr optimistischer Mann. Als die Mauer gefallen ist, wir alle keine Antworten hatten, manche Linke den Ostdeutschen eine Banane entgegenhielten, weil sie dachten, dass diese nichts anderes wollten, als Teil der westlichen Konsumkultur zu sein, und wiederum andere „Nie wieder Deutschland“ riefen, weil sie Angst vor einem „Vierten Reich“ hatten – da hat Heiner Müller gesagt: „Stürmt das KaDeWe.“ Ich finde, das ist ein sehr optimistischer Blick auf die Welt: dass man etwas tun kann. Als alle anderen progressiven Kräfte keine Antwort auf die Frage hatten, was gerade überhaupt passiert, da hatte er schon darüber nachgedacht, wie Emanzipation morgen aussehen kann.

Interview: Mario Neumann

Um jeden Preis

Gewalt und Entrechtung
an den EU-Außengrenzen
eskalieren



Ein blinder Fleck auf der Landkarte: Am Evros, in der Grenzregion zwischen der Türkei und Griechenland, sterben immer wieder Menschen auf der Flucht nach Europa. Diese Gruppe wurde von der griechischen Armee aufgegriffen.



Migration nach Europa wird immer offener als „Angriff“ denunziert

Von Kerem Schamberger und Valeria Hänsel

Die Menschen hatten es aus dem Tschad, aus dem (Süd-)Sudan, aus Burkina Faso, Guinea und dem Senegal bis hierher geschafft. Doch als die rund 1.500 Personen am Freitag, den 24. Juni am marokkanischen Grenzposten Barrio Chino versuchten, die militarisierten Grenzanlagen zur Exklave Melilla zu überwinden und in das territoriale Überbleibsel des spanischen Kolonialismus zu gelangen, kam es zur Katastrophe. An den Toren zur EU wurden sie von marokkanischen Sicherheitskräften mit Tränengas beschossen und mit Schlagstöcken verprügelt. Panik setzte ein und die Menschen stürzten von den meterhohen Zäunen in die mit NATO-Draht gefüllten Gräben der spanischen Festungsanlage. Fast 30 Menschen starben, Dutzende wurden verletzt, viele werden bis heute vermisst, führt die marokkanische Menschenrechtsorganisation AMDH in einem der wenigen existierenden Berichte aus. Obwohl Ambulanzen vor Ort waren, sei eine medizinische Versorgung spät oder gar nicht erfolgt. Vielmehr seien Körper von Toten, Sterbenden und Schwerverletzten achtlos aufeinandergeworfen worden. Die wenigen, denen es gelang, die Grenzzäune zu überwinden, wurden von spanischen Grenzbeamten direkt wieder nach Marokko zurückgeschoben. Was an diesem 24. Juni vor den Toren Melillas im Namen und mit Mitteln der europäischen Migrationsabwehr geschah, war eine neue Eskalationsstufe der Migrationsabwehr: Es war ein Massaker.

Die Brutalität und Entrechtung an der Außen- grenze der EU ist allerdings längst so alltäglich geworden, dass selbst dieser Skandal kaum mehr Beachtung fand als ein kurzes Empörungsausbruch in den sozialen Medien. Schnell war auch das wieder verebbt. Stattdessen lobte Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez, der einer Mitte-Links-Regierung vorsteht, die „außergewöhnliche Arbeit unserer Sicherheitskräfte“. Es sei um einen „gewaltsamen Angriff auf die territoriale Integrität Spaniens“ gegangen, der durch „koordinierte Zusammenarbeit“ mit den marokkanischen Sicherheitskräften abgewehrt werden konnte.

Der nur wenige Tage nach Melilla in Madrid stattfindende NATO-Gipfel wurde von der spanischen Regierung dazu genutzt, Migration als Bedrohung der nationalen Sicherheit und damit als Aufgabengebiet der NATO darzustellen. Außenminister José Manuel Albares forderte das Bündnis auf, sein Betätigungsgebiet zu erweitern, um auch auf nichtmilitärische Bedrohungen wie die „illegale Migration“ reagieren zu können. Damit stimmt er in den sich verschärfenden Versicherheitlichungsdiskurs ein, der Fliehende primär als Sicherheitsproblem darstellt. Die Bezeichnung von Migration als „Waffe“ stellt dabei eine verbale Zuspitzung dar, die bereits im März 2020 an der griechisch-türkischen Grenze und im Herbst 2021 an der polnisch-belarussischen Grenze zur Anwendung kam. Fliehende gelten als „hybride Bedrohung“

und gefährliche Masse, die von autoritären Regimen eingesetzt wird und folglich mit allen Mitteln abgewehrt werden muss. Die Gewalt an der spanisch-marokkanischen Grenze steht paradigmatisch für die Brutalisierung des europäischen Grenzregimes, das Menschen nicht mehr nur passiv „sterben lässt“. Längst gibt es auch Praktiken, die aktiv töten.

An den europäischen Grenzen, die weit bis in die Sahelzone vorverlagert sind, werden zugleich auch die Grenzen des Rechts ausgehandelt: Welche Menschen werden als Rechtssubjekte anerkannt und welche können straflos getötet werden? Verantwortlichkeiten werden dabei auf bizarre Weise verkehrt. Dies zeigt sich auch in der juristischen Aufarbeitung der Ereignisse von Melilla: Nicht die marokkanischen Sicherheitsbehörden oder ihre spanischen Kolleg:innen werden vor Gericht gestellt und für die Todesfälle zur Rechenschaft gezogen. Angeklagt wurden vielmehr 65 derjenigen, die das Massaker überlebt haben. Die Vorwürfe reichen von Bildung einer kriminellen Vereinigung über Schleuserei bis hin zu Androhung von Mord.

Das Grundrecht auf Asyl ist zunehmend in eine Maschinerie der Abschottung, Zermürbung, Kriminalisierung und Inhaftierung verkehrt worden. Nicht einmal die Gerichte scheinen diesem Trend noch etwas entgegenzusetzen. Während 2017 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gewaltsame Pushbacks an der marokkanisch-spanischen Grenze noch verurteilte und Spanien der Kollektivausweisung für schuldig sprach, wurde diese Entscheidung im Februar 2020 von der Großen Kammer des EGMR revidiert: Sie wollte in den Pushbacks keine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention mehr feststellen. Damit passt sich die Rechtsprechung der repressiven europäischen Migrationspolitik an und schafft so die juristische Grundlage für Gewaltexzesse wie den am 24. Juni.

Auch im Ägäischen Meer werden Tag für Tag Pushbacks durchgeführt. Welcher Gewalt Fliehende dabei ausgesetzt sind, wurde uns bei einer Dienstreise auf die griechischen Inseln im August einmal mehr deutlich. Aktivist:innen aus der Seenotrettung und Menschenrechtsanwält:innen des Legal Centre Lesvos, das Geflüchtete juristisch verteidigt, berichteten uns, dass seit März 2020 Pushback-Praktiken der griechischen Küstenwache zur Norm geworden sind, und zwar nicht nur von Booten auf offener See, sondern auch von Menschen, die es bereits auf die Inseln geschafft haben: Unter Missachtung ihres Rechts, einen Asylantrag zu stellen, werden sie festgenommen und anschließend in Rettungsinselfn aus Plastik auf dem offenen Meer ausgesetzt. Überlebende berichten dabei von massiver Gewalt, von Schlägen, Morddrohungen und Folter. Immer wieder gibt es Berichte von Leichen, die an der türkischen Küste angeschwemmt wurden – mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen.

Auf dem offenen Meer ausgesetzt

Diese Politik der Abschreckung führt keineswegs dazu, dass die Zahl der Fliehenden geringer wird. Sie lässt nur die Fluchtrouten über das Meer länger und damit noch gefährlicher werden. Inzwischen umschiffen immer mehr Boote aus der Türkei die griechischen Inseln und steuern auf das viel weiter entfernte Italien zu. Diejenigen, die es dennoch auf die griechischen Inseln schaffen, sind mit Kriminalisierung konfrontiert. Von fast jedem ankommenden Boot werden einige Menschen willkürlich festgenommen und der Schleuserei bezichtigt. Oft trifft der Vorwurf diejenigen, die die Steuerpinne des Schlauchboots gehalten haben. Der Schleuserei angeklagte Menschen bilden inzwischen die zweitgrößte Gruppe an Inhaftierten in Griechenland. Einer Studie von bordermonitoring.eu zufolge dauern die Pro-

zesse, die oft erst nach monatelanger Untersuchungshaft beginnen, in Einzelverfahren im Schnitt 27 Minuten. Vieles wird nur unzureichend übersetzt und eine rechtliche Verteidigung ist nur eingeschränkt gewährleistet. In den 48 untersuchten Urteilen zum Straftatbestand der Schleuserei beträgt die Haftstrafe durchschnittlich 48 Jahre, von denen mindestens 19 Jahre abgesessen werden müssen.

Lager wie Hochsicherheitsgefängnisse

Neben der Grenzgewalt gewinnen Lagerkomplexe und Verwaltungshaft zunehmend Bedeutung im europäischen Grenzregime. Das wird an den EU-finanzierten Sammellagern deutlich, die gerade auf den griechischen Inseln gebaut werden: sogenannte Closed Controlled Access Center (CCAC). Der Name ist Programm. 276 Millionen Euro hat die EU in die Hand genommen, um mehrere dieser an Hochsicherheitsgefängnisse erinnernde Einrichtungen zu bauen. Bereits im letzten Herbst wurde das erste CCAC auf Samos eröffnet. Kostenpunkt 43 Millionen Euro. Als wir an einem heißen Augusttag dieses Jahres dort hinfahren, stehen wir mitten im Nirgendwo auf einmal an meterhohen doppelten Zäunen, die Dutzende von weißen Containern einschließen. Eine mit NATO-Draht geschützte Straße für Fahrzeuge von Polizei und privaten Sicherheitskräften umgibt das Areal. Auf Samos ist G4S für die Überwachung zuständig, eines der größten Sicherheitsunternehmen der Welt, das für Menschenrechtsverletzungen vielfältiger Art bekannt ist. Kameras haben jeden Winkel des Lagers im Blick, die Aufnahmen laufen in einem zentralen Überwachungszentrum in Athen zusammen. Zudem gibt es Drohnen, die Menschenansammlungen kontrollieren und mittels künstlicher Intelligenz analysieren. Der Ein- und Auslass wird in einer Sicherheits-schleuse über Chipkarten reguliert.

Die Closed Controlled Access Center sind ein technisches Experiment. Ihr Vorbild sind Hot-spot-Lager wie Moria, sie aber sollen nun „sauber“ und besser kontrolliert sein. In ihrer dystopischen Sicherheitsarchitektur verdichtet sich die Brutalisierung des Grenzregimes auch innerhalb Europas. In solchen Laboren erprobt, können diese Techniken der Migrationskontrolle anschließend externalisiert werden. Bereits jetzt gibt es Forderungen, ähnliche Sammellager etwa auch in Nordafrika zu bauen.

So rigide das Innenleben des Lagers überwacht wird, so wenig soll außen davon wahrnehmbar werden. Als wir das CCAC von der Ferne fotografieren wollen, wird das von der Polizei sofort unterbunden. Die Begründung: Fotografieren sei nicht erlaubt, da die Menschenrechte in dem geschlossenen Zentrum gewahrt werden müssten. Überall in Europa wird die Möglichkeit, über die europäische Abschottungspolitik zu berichten, immer weiter eingeschränkt. In Polen wurde das Grenzgebiet zu Belarus auf einer Länge von 400 Kilometern und einer Breite von drei Kilometern für fast ein Jahr lang zum militärischen Sperrgebiet erklärt. Auch für die griechisch-türkische Grenzregion am Evros-Fluss gibt es fast keine Genehmigungen für journalistische Berichterstattung mehr. Wer es trotzdem wagt, gerät ins Visier von Sicherheitskräften und Justiz, wird diffamiert, sogar festgenommen und angeklagt.

Ein reiner Abwehrkampf

Brutalisierung, Kriminalisierung, Normalisierung. Dass es gegen diese Entwicklungen in der europäischen Grenzpolitik auch vielerorts Widerstand gibt, erleben wir im Juli, auf dem Transborder Summer Camp in der Nähe von Nantes. 800 Aktivist:innen aus Europa sowie West- und Nordafrika, die sich gegen Rassismus und für Bewegungsfreiheit einsetzen,

sind zusammengekommen. „Auf diesem Camp gibt es eine Idee von Solidarität und Widerstand, die es uns erlaubt, für unsere Freiheit zu kämpfen“, erklärt uns ein Menschenrechtsanwalt aus Ägypten. Auch wir sind als medico vor Ort, um mitzudiskutieren über gemeinsame Strategien im Kampf gegen das europäische Grenzregime. Einige transnationale Netzwerke können von den Erfolgen ihrer Arbeit berichten. So wird durch die Vernetzung von Seenotrettungsinitiativen mit dem Alarm Phone seit Jahren Druck auf die EU ausgeübt, Menschen aus Seenot zu retten. Das Alarm Phone-Netzwerk zieht sich bis in die Sahara, wo lokale Gruppen es trotz hochmilitarisierter Gebiete immer wieder schaffen, Fliehende und Abgeschobene vor dem Verdursteten zu retten. Auch an den Stränden der griechischen Inseln können durch die gezielte Anwesenheit von Ärzt:innen und Anwält:innen Pushbacks verhindert werden. Und die von medico unterstützte Grupa Granica versucht, Menschen, die an der Grenze zwischen Polen und Belarus festsitzen, vor dem Verhungern zu retten.

Doch viele der Netzwerke sind in einem Abwehrkampf gefangen und einige müssen sich mit ihrer eigenen Kriminalisierung auseinandersetzen. Somit gewinnen Rechtskämpfe an Bedeutung, die Räume der Widerständigkeit zu erhalten und Grundrechte zu verteidigen versuchen. Auf dem Transborder Summer Camp schlossen sich mehrere Initiativen, die sich gegen die Kriminalisierung von Fliehenden als Schleuser einsetzen, zum „Captain Support“-Netzwerk zusammen. Das soll Angeklagten durch Öffentlichkeitsarbeit und juristische Unterstützung beistehen. So heterogen die verschiedenen Initiativen auch sind – in einem stimmen sie überein: Der Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine hat gezeigt, dass Europa in der Lage ist, sich in ein positives Verhältnis zu Flucht und Migration zu setzen. Menschen müssen nicht an der Grenze sterben

oder über Jahre in Haftlagern festgesetzt werden. Eine gemeinsame Bewegung gegen das tödliche Grenzregime braucht eine antirassistische Ausrichtung, die gleiche Rechte für Fliehende aus allen Ländern einfordert.



Kerem Schamberger und Valeria Hänsel sind bei medico für den Bereich Flucht und Migration zuständig, er in der Öffentlichkeits-, sie in der Kooperationsabteilung. Zusammen mit ihrer Kollegin Sabine Eckart nahmen sie im Juli 2022 an dem transnationalen Netzwerktreffen Transborder Summer Camp in Nantes teil. Im August machten sich die beiden auf Lesbos und Samos sowie in Athen ein Bild von der aktuellen Situation.

medico unterstützt Partnerorganisationen und Netzwerke, die an den EU-Außengrenzen und darüber hinaus Geflüchteten zur Seite stehen – von den vorverlagerten Grenzen in der Sahelzone über die griechische EU-Außengrenze bis an die ukrainische und syrische Grenze. Ihre Arbeit reicht von direkter Nothilfe auf der Flucht und dem Kampf gegen illegale Pushbacks bis hin zu juristischem Beistand und der Förderung der Selbstorganisation von Geflüchteten.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Klimapolitik gegen die Armen

Ein Gespräch mit dem kenianischen Aktivisten David Otieno

Foto: Privat



David Otieno ist Mitglied der Kenyan Peasants League, die sich angesichts der Klimakatastrophe für eine nachhaltige Agrarökologie einsetzt.

Du bist Teil der Kenyan Peasants League, einer noch jungen Bewegung von Kleinbauern, Fischern und Hirten. Ihr seid gegen falsche Lösungen in der Klimakrise aktiv. Was kritisiert ihr konkret?

Falsche Lösungen sind Programme und Strategien, die von Unternehmen, der Agrarindustrie und Regierungen als Lösungen für den Klimawandel angepriesen werden. Diese Lösungen beruhen auf denselben kapitalistischen Praktiken und der gleichen Logik wie die, die den Klimawandel verursacht haben. Dazu gehören die Kommerzialisierung, der Extraktivismus, der Einsatz von Gentechnik und die treibhausgasintensive Landwirtschaft. Auf inter-

nationaler Ebene fördert das dominante industrielle Produktionssystem von Nahrungsmitteln ein Modell, Land, Saatgut, Wasser und das gesamte System der Ernährung zu kontrollieren. Dieses System der Nahrungsmittelproduktion wird Ländern des Globalen Südens wie Kenia im Rahmen von Freihandelsabkommen und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen aufgezwungen, die falsche Lösungen wie Programme zur klimagerechten Landwirtschaft und zur Verringerung der Waldzerstörung (REDD+) fördern. Beides klingt toll, hat aber dramatische Konsequenzen für die Menschen in den betroffenen Regionen.

Wie funktioniert REDD+ genau?

REDD+ ist ein auf der UN-Klimakonferenz 2013 geschaffener Rahmen, um Aktivitäten im Forstsektor zu lenken. So sollen die Emissionen aus Waldsterben und Entwaldung reduziert sowie die nachhaltige Forstwirtschaft und die Verbesserung von Waldkohlenstoffbeständen in Entwicklungsländern gestärkt werden. In Kenia sollen zum Beispiel die Wälder von Mau, Aberdare, Mount Elgon und Chyulu Hill wiederaufgeforstet werden, daneben gibt es ein Kohlenstoffprojekt für die Landwirtschaft. Das alles führt aber zur Vertreibung vieler indigener Gemeinschaften von ihrem Land – Vertreibung im Namen des Klimaschutzes. Letztlich wälzen die Projekte die Schuld auf Menschen ab, die den Klimawandel nicht verursacht haben, son-

den dessen primäre Opfer sind. Das passiert, wenn die Betroffenen nicht in die Erarbeitung der Konzepte eingebunden sind.

Die Frage der Verschuldung der ärmsten Länder wird immer drängender. In welchem Zusammenhang stehen Ernährungssouveränität und Verschuldung?

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Verschuldung und Nahrungsmittelkrise, insbesondere wenn Länder nicht in der Lage sind, ihre Schulden wie geplant zurückzuzahlen. Sie sind dann gezwungen, neue Bedingungen auszuhandeln. So werden ihnen Freihandelsabkommen aufgedrückt, die unter anderem die Einfuhr von Junkfood, von chemischen Herbiziden, Pestiziden und Düngemitteln erlauben, was die Erlangung von Ernährungssouveränität sehr schwierig macht. Da Schulden immer in ausländischen Währungen wie dem US-Dollar zurückgezahlt werden, sind verschuldete Länder wie Kenia zudem gezwungen, eine exportorientierte Landwirtschaft zu betreiben.

Ihr sprecht vom „bäuerlichen Feminismus“. Was heißt das?

Das Patriarchat ist ein System, das Ressourcen unterdrückt, ausbeutet, zur Ware macht und die Mehrheit der Menschen vom Zugang zu gemeinsamen Gütern wie Wasser, Land und Nahrung ausschließt. Dazu gehören die Kommerzialisierung des Körpers, des Lebens und der Sexualität von Frauen sowie die Art ihrer formellen und informellen Arbeit, ihre Überarbeitung und ihre Arbeitsbedingungen. Das Patriarchat ist außerdem in vielen Traditionen und Normen verankert, die zur Aufrechterhaltung dieser Hierarchie und Macht genutzt werden. Beim bäuerlichen Feminismus geht es darum, die Machtlogik des Patriarchats zu dekonstruieren, um die horizontale Ausübung von Macht in eine vertikale zu verändern: von „Macht über andere“ zu „Macht mit anderen“. Es gibt ein schwerwiegendes Missverständnis, dass es

beim Feminismus darum gehe, dass Frauen gegen Männer kämpfen. Man muss keine Frau sein, um Feminist zu sein. Alles was man braucht, ist die Erkenntnis, dass das kapitalistische System bei der Lösung der globalen Wirtschafts- und Ernährungskrise versagt hat und nun auf Gewalt zurückgreift, um die Tatsache zu verbergen, dass es versagt hat.

Eines der Schlüsselemente, auf das ihr euch beruft, ist die „nationale, regionale und internationale Solidarität“. Was heißt das?

Bei dieser Solidarität geht es um Bewegungen auf der ganzen Welt, um eine transnationale Bewegung von Lebensmittelerzeugerinnen und -verbrauchern, die an die Ernährungssouveränität glauben, also an ein System, das die Rechte der Erzeuger:innen auf Herstellung und Vermarktung kulturell angemessener Lebensmittel respektiert. Das schließt das Recht der Verbraucher:innen ein zu entscheiden, was sie konsumieren wollen.

Wie sieht die Welt aus, die ihr mit eurer Arbeit aufbauen wollen?

Die Welt, die wir schaffen wollen, ist eine Welt, in der die Menschen eine direkte, demokratische Kontrolle über die wichtigsten Elemente ihrer Gesellschaft haben: wie wir uns ernähren; wie wir das Land, das Wasser und andere natürliche Ressourcen um uns herum nutzen und auch für künftige Generationen erhalten; und wie wir mit anderen Gruppen und Kulturen respektvoll zusammen leben und interagieren.

Interview: Radwa Khaled-Ibrahim, Übersetzung: Lukas Spelkus

Die Kenyan Peasants League ist eine neue Partnerin von medico international. Die Liga verbindet bäuerliche Agrarökologie mit Fragen der Dekolonisierung und des Feminismus.

Spendenstichwort: Ostafrika

Hilfe? Reparationen!

Die Klimakrise setzt Pakistan unter Wasser.
Die Welt reagiert mit Ignoranz

Eigentlich wäre die Meldung eine Meldung wert gewesen. Pakistan, unter den bevölkerungsreichsten Ländern der Welt auf Platz fünf, steht unter Wasser. Im Vergleich der letzten dreißig Jahre hat der Süden des Landes in den letzten Wochen das Fünffache der üblichen Regenmenge schlucken müssen. Das Fünffache. Die Gletscher im Norden schmelzen in noch nie dagewesener Geschwindigkeit. Auch ihr Wasser sammelt sich in den vom Regen geschwollenen Flüssen. Sie fließen im Hauptstrom Indus zusammen, der sich ganz im Süden ins Meer ergießt, nahe der 30-Millionen-Metropole Karatschi. Die Zahl der Einwohner:innen Karatschis und der anderen Städte Pakistans wird infolge der Fluten noch einmal in die Höhe schnellen: Rund 50 Millionen Menschen, heißt es, haben ihr Heim und ihre Ernten verloren, auch die Ernte mindestens des nächsten Jahres.

Das trifft auch die Städte, auch Karatschi, das so groß wie das Saarland ist. Pakistans Platz in der Konkurrenz der südasiatischen Textilländer hängt an dem „Standortvorteil“, landeseigene Baumwolle verarbeiten zu können. Die gibt es nicht mehr und wird es auch im nächsten Jahr nicht geben. Deshalb werden in den Städten Fabriken schließen und ihre Arbeiter:innen auf die Straße setzen. Noch bevor es dazu kommt, droht vielen die Malaria. Das Hunderte von Quadratkilometer weit stehende Wasser bietet den Mücken, die den Erreger übertragen, beste Ausbreitungsbedingungen. Mit dem Fieber kommt der Hunger, und es werden Millionen sein, die

hungern. Hungrig, krank und obdachlos werden sie noch im Winter sein, der in Pakistan gleich nach dem Monsun Einzug hält. Jetzt aber, jetzt regnet es erst einmal weiter, Tag für Tag.

Was wir längst wissen

Was, wenn nicht das, wäre eine Meldung wert? Pakistans Fluten sind aber keine Meldung. Jedenfalls nicht in dem Maß, in dem üblicherweise von solchen Katastrophen berichtet wird. Mag sein, dass das Unheil einfach zu groß ist, dass auch die Journalist:innen und ihre Redaktionen sprach- und hilflos sind. Ihr Schweigen hängt aber auch an dem, was wir alle längst wissen. Wir wissen, dass uns Pakistans Schmelz- und Regenfluten zeigen, was die globale Klimakrise sein wird. Was sie heute schon ist. Das ist der eigentliche Punkt. Die Durchschnittstemperatur Pakistans hat sich bereits um die 2,2 Grad erwärmt, an denen die Unabwendbarkeit des Klimawandels gemessen wird. Zu den dafür verantwortlichen Emissionen aber hat Pakistan weniger als ein Prozent beigetragen, trotz seiner über 220 Millionen Menschen. Deshalb bittet die zuständige Ministerin Sherry Rehman nicht um internationale Hilfe. Stattdessen fordert sie von den verantwortlichen Ländern und Unternehmen Reparationszahlungen im vollen Umfang der erlittenen und der folgenden Schäden. Die pakistanische Menschenrechtskommission, sonst nicht regierungsfreundlich, stimmt der Ministerin ausdrücklich zu.



Foto: REUTERS/Akhtar Soomro

Die einzig aussichtsreiche Lebensperspektive für Millionen Bewohner:innen Pakistans liegt in der Flucht außer Landes.

Was zu tun ist

Zustimmung findet Ministerin Rehman auch bei den medico-Partnerorganisationen vor Ort, bei der Hilfsorganisation HANDS, der Gewerkschaft NTUF und bei der größten humanitären Organisation des Landes, der Edhi Foundation, mit der die NTUF zusammenarbeitet. Obwohl seit Wochen schon rund um die Uhr im Einsatz, wissen sie eigentlich nicht, was sie morgen noch tun können und tun sollen. Nach der letzten großen Flutkatastrophe, der des Jahres 2010, hat HANDS maßgeblich den Wiederaufbau damals zerstörter Dörfer getragen. Der Sinn dieser zehnjährigen Arbeit steht infrage: Viele dieser Dörfer sind wieder zerstört. Der NTUF, ebenfalls medico-Partner seit 2010, geht es in allem immer auch um die Demokratisie-

rung des lange autoritär regierten Landes. Was aber kann Demokratisierung in Pakistan überhaupt noch bedeuten, wenn sich die Katastrophen von 2010 und 2022 von nun an stetig wiederholen, in sieben, fünf, drei Jahren, vielleicht schon im nächsten Jahr. Wenn die einzig aussichtsreiche Lebensperspektive für Millionen seiner Bewohner:innen in der Flucht außer Landes liegt, wie Faisal Edhi auf einer gemeinsam von der NTUF und der Edhi Foundation ausgerichteten Pressekonferenz in Karatschi sagte: „Die Migration aus Pakistan wird die Ausmaße der Migration aus Syrien annehmen.“ Die Fragen unserer Partner:innen sind auch unsere Fragen. Natürlich haben wir uns sofort an ihre Seite gestellt, per Telefon und E-Mail die nötigen Vereinbarungen getroffen, Gelder für die unmittelbare Nothilfe überwiesen. Natürlich werden wir bald auch vor Ort über diese Fragen sprechen, in Karatschi, in den Dörfern, deren Häuser weggespült wurden, an den Rändern der überfluteten Straßen und Felder. Antworten haben wir im Moment nicht. Doch stimmen auch wir der Ministerin Rehman zu, wenn sie nicht um Hilfe bittet, sondern in vollem Umfang Reparationen fordert. Wird man ihr und wird man unseren Partner:innen zuhören? UN-Generalsekretär António Guterres hat der Welt in Bezug auf Pakistan „Schlafwandel“ vorgeworfen. Sicher ist nur, dass dieser Schlaf nicht von Dauer sein wird.

Thomas Rudhof-Seibert

Unsere pakistanischen Partnerorganisationen versorgen Menschen, die in den ungeheuren Fluten alles verloren haben, mit Lebensmitteln, Hygienematerial, Zeltplanen und Moskitonetzen. Alles Weitere braucht jetzt Zeit.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit

Unrecht, das straffrei bleibt

Das israelische Militär stürmt die Büros von sieben Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft

In der Nacht vom 17. auf den 18. August brach das israelische Militär in die Büros von sieben palästinensischen Menschenrechtsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft im besetzten Westjordanland ein, beschlagnahmte Computer, Server und Akten, schweißte deren Eingänge zu und ordnete ihre Schließung an. Zwei von ihnen sind langjährige Partner von medico international: einerseits die Menschenrechtsorganisation Al-Haq, eine der ältesten und renommiertesten in den besetzten palästinensischen Gebieten, die Menschenrechtsverletzungen der Besatzungsmacht genauso untersucht wie die der palästinensischen Selbstverwaltung unter Mahmoud Abbas. Ihre Dokumentation israelischer Menschenrechtsverletzungen und die Zusammenarbeit mit entsprechenden Körperschaften auf internationaler Ebene wird im Sprachgebrauch der israelischen Regierung als „lawfare“ bezeichnet, also als ein kriegerischer Akt mit den Mitteln des Rechts, und deshalb bekämpft. Bei dem anderen Partner handelt es sich um die Bauernorganisation Union of Agricultural Work Committees (UAWC), die gegen den beständigen Druck der israelischen Siedler und Armee die bäuerliche Landwirtschaft vor allem in den vollständig von Israel kontrollierten C-Gebieten der Westbank (und im Gazastreifen) fördert, seit mehreren Jahren auch mit Mitteln des Auswärtigen Amtes.

Den jüngsten Aktionen war im Oktober 2021 bereits die Einstufung von Al-Haq, UAWC und vier weiteren Menschenrechtsorganisationen als Terrorgruppen durch den israelischen Verteidigungsminister Benny Gantz vorausgegangen. Drei von ihnen hatten gegen die Einstufung Rechtsmittel in Israel eingelegt, eine vierte gegenüber der Militärverwaltung in der Westbank das Verfahren zum Widerspruch begonnen. Am Vortag der Einbrüche wurden drei der Organisationen die Ablehnungsschreiben ihres Einspruchs übermittelt. In derselben Nacht drang die Armee in die Büroräume aller sieben Organisationen ein.

Keine Beweise, viel Repression

Nach der israelischen Entscheidung von Oktober 2021 hatten Geberregierungen ihre Unterstützung eingefroren und monatelang Dossiers über die Organisationen geprüft, die der israelische Geheimdienst erstellt und übergeben hatte. Nach einhelliger Auffassung der Regierungen mehrerer EU-Mitgliedsstaaten, darunter die Deutschlands, Dänemarks, Frankreichs und Irlands, sowie der USA, Norwegens und der Schweiz, bzw. der von ihnen mit der Analyse betrauten Geheimdienste, enthielten die Dossiers allerdings keinerlei Beweise. Zu diesem Schluss kam auch die oberste Antikorruptions-

behörde der EU, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung. Folgerichtig gaben die Regierungen, die seitens Israels dazu aufgefordert worden waren, jegliche Unterstützung einzustellen, in den vergangenen Wochen und Monaten sukzessive bekannt, die Finanzierung der palästinensischen Zivilgesellschaft fortzusetzen. Hätte es einen Zweifel an der Stichhaltigkeit der Beweislage gegeben, hätten sich diese Regierungen kaum zu dem Schritt entschlossen, alleine schon deshalb nicht, um nicht gegen die geltende Anti-Terror-Gesetzgebung in der EU und den einzelnen Mitgliedsstaaten zu verstoßen.

Nach dieser eindeutigen Absage nahm die israelische Regierung die offenbar politisch motivierten und unbewiesenen Anschuldigungen jedoch nicht zurück, sondern plante den nächsten Schlag gegen die betroffenen Organisationen. Vermutlich ging dem neuerlichen Vorgehen eine ebenso sorgfältige außenpolitische Risikoabwägung voraus wie die operationale Planung der nächtlichen Einbrüche durch die israelische Armee. Es ist davon auszugehen, dass die israelische Regierung die offiziellen außenpolitischen Positionen verbündeter Regierungen gezielt missachtet, indem sie legitime Organisationen angreift und deren Arbeit für palästinensische Menschenrechte – auch das Recht auf Zugang zu den eigenen Ressourcen, wie im Falle der UAWC – unmöglich zu machen versucht. Neu ist das nicht. Mahnende Worte europäischer Regierungen gegenüber der israelischen Regierung, beispielsweise im Bereich der Siedlungspolitik, stoßen regelmäßig auf taube Ohren, obwohl sich die Politik der Landnahme nicht mit Sicherheitsinteressen des israelischen Staates rechtfertigen lässt. Die politische Zielsetzung gegenüber den betroffenen Organisationen ist klar. Die dokumentierung von Rechtsbrüchen soll erschwert, konkreter, gewaltloser Widerstand durch Projekte vor Ort soll gebrochen werden. Nebenbei werden unbeque-

me kritische Stimmen gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde, ihrem autokratischen Präsidenten und dem repressiven palästinensischen Sicherheitsapparat geschwächt, die allesamt den Status quo zugunsten der israelischen Politik abzusichern helfen.

In den Beziehungen zu den befreundeten Staaten, die progressive Kräfte in der palästinensischen Gesellschaft unterstützen möchten, hat die israelische Regierung mit ihren jüngeren und jüngsten Aktionen nichts zu gewinnen – aber eben auch nichts zu verlieren, solange es bei Ermahnungen bleibt. Und genau dieses Kalkül scheint den Handlungen vor Ort zugrunde zu liegen: Solange es mit Besatzung und Siedlungspolitik, mit der Missachtung von internationalem Recht und der Unterdrückung legitimer palästinensischer Organisationen mehr zu gewinnen als zu verlieren gibt, solange die Vorenthaltung elementarster Rechte gegenüber der palästinensischen Bevölkerung und die Verweigerung des Rechts auf Selbstbestimmung den israelischen Staat nichts kostet, solange wird sich die Politik des Unrechts vor Ort auch nicht ändern.

Riad Othman

Die medico-Partnerorganisation UAWC unterstützt palästinensische Bauern- und Hirtenfamilien in den von Israel kontrollierten C-Gebieten des Westjordanlands, in dem die meisten Siedlungen gebaut werden. Al-Haq dokumentiert Völkerrechtsbrüche und Menschenrechtsverletzungen – in der aktuellen Kooperation mit medico zum Beispiel die durch Sicherheitsdienste der Palästinensischen Autonomiebehörde bei der Niederschlagung regierungskritischer Demonstrationen im Sommer 2021.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Hoffen auf Zukunft

Ein Gespräch mit medico-Partner Sergej Čubukov aus Charkiw



Sergej Čubukov ist Gründer des medico-Partners Mirnoe Nebo Charkova (Friedlicher Himmel über Charkiw). Mit Dutzenden Freiwilligen hat er seit den ersten Kriegstagen zuerst Hunderte, dann Tausende Menschen mit warmen Mahlzeiten und Lebensmitteln versorgt, oft unter Beschuss.

Im Sommer konnten wir bei einem Deutschland-Aufenthalt mit Sergej sprechen. Das war vor der jüngsten ukrainischen Gegenoffensive in der Region Charkiw. Vor der Offensive schlugen im Schnitt viermal täglich russische Geschosse in Charkiw ein. Als wir zuletzt während der Offensive – die Stadt war zu dem Zeitpunkt den zweiten Tag in Folge ohne Strom und Wasser – sprachen, berichtete Sergej von Einschlägen jede halbe Stunde. Viele sind in die Keller und Schutzräume unter der Erde zurückgekehrt.

Seit Beginn des russischen Einmarsches in die Ukraine hast du die meiste Zeit in Charkiw

bzw. Charkow, wie die Stadt auf Russisch heißt, nahe der russischen Grenze verbracht. Wie haben sich dein Alltag und dein Umfeld seitdem verändert?

Die Lage in Charkow ändert sich täglich zum Schlechteren, weil es hier jeden Tag Beschuss und Einschläge gibt, weil jeden Tag Häuser einstürzen und jeden Tag Menschen sterben. Deshalb beobachten die Charkower:innen, die seit langem hier leben, mit sehr großem Schmerz, was mit ihrer Heimatstadt geschieht. Insbesondere die, die den gesamten Krieg hindurch hiergeblieben sind, zu denen ich auch zähle, haben sich wahrscheinlich schon an diesen Krieg gewöhnt, wie sich der Mensch an alles gewöhnt, an Gutes und Schlechtes. Aber jeden Tag kehren mehr Leute zurück nach Charkow, die Stadt erwacht wieder etwas zum Leben. Und ich will den Leuten unserer Stadtreinigung wirklich Respekt zollen und danken: Nach jeder Explosion beseitigen sie die Trümmer. Wenn ein Gebäude einstürzt, ist dort zwei Tage später aufgeräumt. So viele Menschen versuchen, die Stadt am Leben zu halten.

Ihr habt euch spontan selbst organisiert, um Menschen in eurer Stadt zu helfen. Was habt ihr unter den ständigen Angriffen geschafft?

Wir haben von Anfang an geholfen, indem wir warme Mahlzeiten zubereitet und Lebensmittelpakete an Bedürftige verteilt haben. Wir waren auch an der Evakuierung der Bevölkerung beteiligt und halfen, mehr als 1.500 Menschen,

darunter Familien, Kinder, Erwachsene und Rentner, aus der Stadt und der Region Charkow an Orte mit sicheren Unterkünften zu evakuieren. Darüber hinaus haben wir über 300 Bombenschutzräume ausgestattet, Betten gebaut sowie Ausrüstung, Haushaltsgeräte, Kühlschränke, Mikrowellen und Herde gekauft. Wir versuchen, der Bevölkerung bei der Lösung unterschiedlicher Probleme zu helfen. Es gab Rentner:innen, die ihre Rente nicht erhalten konnten. Wir unterstützten beim Ausfüllen von Dokumenten, brachten sie aus Charkow heraus, reichten sie ein und brachten sie zurück. Es gibt so viele solcher Situationen. Deshalb werden alle Hände unserer zurzeit etwa 120 Mitarbeiter:innen benötigt. Außerdem haben wir soziale Projekte gestartet, die langfristig angelegt sind und der verbesserten Entwicklung des sozialen Umfelds unserer Stadt dienen sollen.

Das Ausmaß der Hilfe, die ihr leistet, hat sich innerhalb kürzester Zeit unter extrem schwierigen Bedingungen vervielfacht. Wie lange könnt ihr das so noch aufrechterhalten?

Tatsächlich ist da Erschöpfung. Ich bekomme immer noch nicht in meinen Kopf hinein, dass wir uns im Krieg befinden, dass Zivilbevölkerung so kaltblütig ermordet wird. Und ich stehe immer noch jeden Tag auf und finde keine Antwort auf die Frage, wie das geschehen konnte. Deshalb sind wir eindeutig: Es gibt die menschliche Erschöpfung, es gibt die Anspannung, ob man den heutigen Tag übersteht und den morgigen Tag erlebt, und jeder Mann, dessen Familie fliehen konnte, vermisst seine Kinder, seine Frau, seine Eltern. Und am bedrückendsten: Wir wissen nicht, wann das alles vorbei sein wird.

Ihr plant für die Zukunft nach dem Krieg auch die Einrichtung von sozialen Küchen für Bedürftige und ein Waisenhaus, außerdem Sportstätten und -förderung für Kinder und

Jugendliche, die Versorgung alter Menschen usw. So wichtig diese Pläne sind: Habt ihr nicht Sorge, dass sich der ukrainische Staat, der sich schon vor dem Krieg nicht bestmöglich um die Bevölkerung gekümmert hat, weiter seiner Verantwortung für Soziales entzieht?

Wir machen dieselbe Arbeit. Der Staat hat mehr Befugnisse und Möglichkeiten, aber als Gemeinschaft von Bürger:innen sind wir flexibler und haben weniger bürokratische Beschränkungen. Aber es ist klar, dass die Umsetzung sozialer Projekte unbedingt staatlicher Unterstützung bedarf. Deshalb haben wir eine Reihe von Gesprächen mit den Stadt- und Regionalverwaltungen geführt und im Prinzip werden alle unsere Initiativen und Projekte von ihnen unterstützt. Darüber hinaus hat sich die Regionalverwaltung bereit erklärt, diese Projekte mitzufinanzieren, wenn wir den Löwenanteil der Mittel für die Umsetzung aufbringen. Nun weiß ich nicht, was morgen passieren wird. Wir können hier nicht planen, was in einem Jahr sein wird. Wir leben im Hier und Jetzt und leider nur dafür. Deswegen hoffe ich, dass der Krieg mit all seinem Leid wenigstens auch etwas zum Guten verändert.

Wie meinst du das?

Ich hoffe, dass sich die Einstellung der Menschen zu den Werten in ihrem Leben wandelt. Ich sehe jedenfalls, dass sich meine Wertvorstellungen und die vieler anderer, die in diesen Krieg geraten sind, verändert haben. Ich hoffe, dass das so auch bei unserer Regierung stattfindet, hin zu einer Orientierung auf den Wert des menschlichen Lebens, auf den Wert und die Bedeutung von sozialen Projekten, die Unterstützung von Familien, Kindern, Rentner:innen. Deshalb glaube ich, dass das alles realistisch ist und umgesetzt werden wird. Vielleicht nicht so schnell, wie wir es gerne hätten und vielleicht muss auch Druck auf den Staat ausgeübt werden. Außerdem wird es Unterstüt-

zung von außen brauchen. Wir zählen darauf, dass die Weltgemeinschaft uns dabei hilft, wieder auf die Beine zu kommen. Außerdem erwarten wir eine Verurteilung Russlands durch die internationale Gerichtsbarkeit. Alle Verluste müssen kompensiert werden. Ich denke also, dass finanzielle Mittel gefunden werden. Für uns ist nun das Wichtigste, dass wir diese Projekte beginnen können.

Charkow hat eine Geschichte als Stadt mit einer Bevölkerungsmehrheit, die sich kulturell und sprachlich immer auch als russisch verstand. Wie hat der Krieg die Einstellungen zum russischen Teil der eigenen Identität bei den Menschen verändert?

Erstens war Charkow in der Tat schon immer eine russischsprachige Stadt, wie auch Donezk und Lugansk. Ich weiß nicht, ob mit Absicht, aber tatsächlich haben Politiker viele Jahre lang die ukrainisch- und die russischsprachige Bevölkerung, die West- und Ostukraine, gespalten, obwohl wir eins sind. So oder so, es hat jedenfalls zu einer gewissen Feindseligkeit geführt. Die nächstgelegene russische Stadt, Belgorod, ist 80 Kilometer entfernt. Für die Leute aus Charkow und Belgorod, die jeweils dort gemeldet waren, gab es freien Grenzverkehr. Wir fahren zu ihnen, sie kamen zu uns. Viele aus Charkow arbeiteten dort. Das war normal, genau wie in der Westukraine engere Beziehungen mit Polen und Rumänien bestehen oder im Norden der Ukraine nach Belarus. Es ist normal, sich mit den Nachbarn anzufreunden. Aber der Krieg hat alle Beziehungen über den Haufen geworfen, sodass nun ein tiefer Graben zwischen uns verläuft. Auch ich habe angefangen, mehr Ukrainisch zu sprechen, seit ich alle meine Geräte umgestellt und eine ukrainische Tastatur und Messenger installiert habe. Ich lebe seit 1991 in Charkow und habe immer Russisch gesprochen, aber innerlich widerstrebt mir inzwischen alles, was mit Russland zu tun hat. Dabei sind wir Rus-

sichsprachige deswegen nie schikaniert worden, niemand hat meine Rechte in irgendeiner Weise eingeschränkt oder verletzt. Ich arbeite seit zehn Jahren mit der Westukraine. Obwohl ich Russisch spreche, hat mich dort jeder verstanden. Andererseits gibt es in vielen europäischen Ländern zwei oder drei Sprachen, in Belgien, in Holland gibt es mehrere Landessprachen, richtig? Wenn jemand Französisch sprechen will, spricht er das, dasselbe mit Deutsch, Englisch. Es wird einfach gesprochen. Deswegen wird dort niemand benachteiligt. Das ist auch hier so. Wenn du so oder so sprechen willst, sprich. Ich versuche trotzdem, meine Kinder dazu zu bringen, mehr Ukrainisch zu sprechen. So ist das jetzt.

Interview: Riad Othman

medico unterstützt in der Ukraine unter anderem die Lebensmittelhilfe von Mirnoe Nebo Kharkova für 15.000 Menschen in der Region Charkiw, die Unterstützung von Binnenflüchtlingen durch die Landwirtschaftskooperative Longo Maï im Westen des Landes und Hilfslieferungen mit dem Nötigsten in Zufluchtsorte nahe der umkämpften Gebiete im Osten des Landes.

Spendenstichwort: medico international



Spannender Austausch in Greifswald.

„SOLIDARISCHE NETZWERKE – JETZT ERST RECHT!“

Unter diesem Motto stand die Konferenz „Nach der russischen Invasion in die Ukraine“, die an einem regnerischen Wochenende Ende August in Greifswald stattfand und ukrainische, russische, deutsche und internationale Aktivist:innen zusammenbrachte. Organisiert wurde sie vom medico-Partner Longo mai, den wir in der Ukraine bei der Hilfe für Geflüchtete unterstützen. medico beteiligte sich an der Finanzierung des Austauschs und war auch vor Ort durch Kolleginnen vertreten, die die Gelegenheit nutzten, Kontakte in die Ukraine zu vertiefen und zu Teilen der kritischen russischen Diaspora zu knüpfen.

Die zwei Tage in Greifswald boten den Aktivist:innen nicht nur die Möglichkeit zum gegenseitigen Kennenlernen, zu Austausch, Diskussion und Vernetzung, sondern man konnte bei den Vorträgen der ukrainischen Analytinnen Natalia Lomonosova und Anastasia Bobrova auch etwas über die Verschärfung sozialer Fragen infolge des Krieges, aber auch als Resultat einer neoliberalen Deregulierungspolitik durch die ukrainische Regierung lernen. Um diese fortgesetzten Trends, die auch nach Kriegsbeginn nicht aufgehört haben, zu beleuchten, beschrieben sie die Situation anhand des Arbeitsrechts und Arbeitsmarktes in der Ukraine sowie am Beispiel Wohnraum.

Zwischen Oksana Dučak, Soziologin und marxistische Feministin, die unter anderem als Mitherausgeberin des linken ukrainischen Magazins „Commons“ fungiert, das seit kurzem auch medico-Partner ist, und der russischen Feministin Aleksandra Talaver von der Gruppe „Feminist Anti-War Resistance [FAR]“ kam es zu einem hochinteressanten Austausch über feministische Sichtweisen auf Krieg, Gewalt gegen Frauen, die Vielzahl von Problemen, die auch, aber nicht nur auf den Krieg zurückgeführt werden können, und Formen der Solidarität, auch in Russland. Dabei weiteten sie den Blick auf gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Probleme globalen Charakters und darauf, dass die bestehende Ungleichheit nur mit brutaler Machtausübung aufrechterhalten werden kann. Der Krieg ist eine extreme Form von Gewalt, aber bei Weitem nicht die einzige.

Wenn die Zusammenkunft in Greifswald eines klargemacht hat, dann dies: Angesichts einer zunehmend aus den Fugen geratenen Welt brauchen wir mehr Allianzen der Solidarität, der Vernunft und Gerechtigkeit – und keineswegs nur wegen des Krieges, aber auch seinetwegen und diesem zum Trotz.

Riad Othman

Projekte Projektionen

Widerstandswissen

Solidarität mit Frauenrechtsarbeit in Afghanistan

Binnen kürzester Zeit haben die Taliban diejenigen, die sich in Afghanistan für Grundrechte einsetzen, außer Landes gezwungen, ins Unheil gestürzt, zum Schweigen gebracht oder wenigstens zum Flüstern genötigt. Dissidenz wird wieder drakonisch bestraft. Repression haben auch die Mitglieder des feministischen Netzwerks „Afghanistan Valorous Women Spontaneous Movement“ erfahren. Viele mussten ihre Proteste auf der Straße und in den sozialen Medien gegen die Taliban mit Haft büßen. Und doch wollen einige der „Tapferen“ (valorous) ihren Widerstand fortsetzen. Wie sie das wagen können? medico ist mit feministischen Gruppen verbunden, die in repressiven Regimen arbeiten und wissen, wie sich Sicherheitsrisiken minimieren lassen. In transnationalen Kooperation sollen diese Erfahrungen an die afghanischen Aktivist:innen weitergegeben werden. Die „Aman Women Alliance“ aus dem Irak hat den Anfang gemacht, weitere folgen.



Foto: Aida Hakim

Demonstration gegen die Talibanherrschaft, Kabul im August 2022.

Spendenstichwort: Afghanistan



„G7: Eure Schulden töten. Annulliert sie!“ Protestaktion im Kongo vor dem G7-Gipfel 2022.

Schulden für Klima

Globale Allianz für Schulden-schnitt und Klimagerechtigkeit

Die dünnen Proteste zum G7-Gipfel in Elmau im Juni stehen für die Schwäche der globalisierungskritischen Bewegung in ihrer bisherigen Form. Dieser Tiefpunkt könnte jedoch auch der Anfang einer neuartigen Bewegung gewesen sein. Im Kontext des Gegengipfels präsentierte das Graswurzel-Netzwerk „Debt for Climate“ sich und eine global angelegte Kampagne. Des Ganzen Kern: Weil die Industrienationen maßgeblich für die Klimakrise verantwortlich sind, haben sie gegenüber dem Globalen Süden eine tiefe Klimaschuld. Tatsächlich aber leiden Länder des Südens unter einer immensen Schuldenlast bei öffentlichen Entwicklungsbanken und privaten Investmentbanken – Schulden, die sie absehbar nicht zurückzahlen können. Mehr noch: Die Klimakrise produziert neue Nöte und erzwingt so die Aufnahme neuer „Hilfskredite“. Ein Teufelskreis. Debt for Climate klagt diesen „finanziellen Kolonialismus“ an und fordert einen massiven Schuldenschnitt sowie die Anerkennung der ökologischen Schuld durch den Globalen Norden. Klima- und Arbeiter:innenbewegte Initiativen aus Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika haben sich zu dieser globalen Allianz zusammengeschlossen. medico unterstützt. Ein weiterer Kristallisationspunkt zur Verbreitung der Position soll die UN-Klimakonferenz COP 27 im November in Ägypten sein.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit

Das Denken befreien

Südafrika: Gleicher Zugang zu kreativen Erfahrungen

Ob Kunst, Theater oder Poesie: Während der Apartheid gehörte es zur Unterwerfungsstrategie, Schwarze institutionell von jedweder musischen Bildung auszuschließen. Doch auch im Postapartheid-Südafrika bleibt der Zugang für weite Teile der Bevölkerung begrenzt – nun aber mit der neoliberalen Begründung, dass Bildungsangebote wertungsorientiert sein müssen. Offene Räume für imaginatives Denken existieren kaum. Seit einigen Jahren gibt es in Kapstadt eine Bewegung, die das ändern will. So hat ein Netzwerk eine leerstehende, ehemalige „weiße“ Schule in das Greatmore-Kulturzentrum mit Werkstätten, Bühnen, Proberäumen und vielem mehr umgewandelt. Hier findet auch das von medico geförderte junge Schwarze „Ukwanda Puppet Collectiv“ einen Ort für Produktion und Performance. Mit experimentellem Figurentheater vermittelt es soziale und politische Themen und führt marginalisierte Jugendliche mit Workshops und Aktionen an künstlerische Ausdrucksformen heran. Freie Kunst für alle – auch dieses Recht ist unteilbar.

Spendenstichwort: Südafrika

docu - menta - Street



Foto: REUTERS/Wolfgang Rattay

Ein Werk des indonesischen Künstler:innenkollektivs Taring Padi in Kassel.

Die Aufarbeitung der Kontakte zwischen Indonesien und Israel während der Suharto-Diktatur steht erst am Anfang

Von Joseph Croitoru

Die documenta fifteen sollte ein Ort des konstruktiven Austauschs zwischen den als „Globaler Norden“ und „Globaler Süden“ apostrophierten Kultursphären werden. Der intendierte Dialog fand jedoch in der deutschen Öffentlichkeit kaum statt. Vielmehr brach nach der Entdeckung einer antisemitisch überzeichneten Figur eines ultraorthodoxen Juden auf dem Monumentalbild „People’s Justice“ des indonesischen Künstlerkollektivs Taring Padi eine erregte und einseitig geführte Antisemitismus-Debatte los. Eine kritische Diskussion über die in dem Bild thematisierte Schreckensherrschaft des indonesischen Diktators Mohamed Suharto und ihre Unterstützung durch westliche Staaten war damit weitgehend verhindert. Ausgeblendet wurde auch die Frage der Beziehungen Israels zum Suharto-Regime, auf die in dem Banner von Taring Padi eine zweite, allerdings zu Unrecht als antisemitisch kritisierte Figur – Teil einer Reihe verfratzter Gestalten vor allem westlicher „Geheimdienstler“ – hinweist, die für den israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad steht.

Die Suche nach Verbündeten

Der verdeckten Kooperation zwischen Israel und Suhartos Indonesien, die Mitte der 1960er-Jahre ihren Anfang nahm, waren seit der israelischen Staatsgründung 1948 etliche Annäherungsversuche von israelischer Seite

vorausgegangen. Der junge Staat Israel hatte ein dringendes Interesse daran, zu möglichst vielen Ländern Beziehungen aufzubauen. Dazu zählte Jerusalem auch die vielen Staaten, die sich damals gerade von der westlichen Kolonialherrschaft zu befreien begannen. Israel sah sich gerne als Teil davon und konnte sich auch darauf berufen, selbst aus einem anticolonialen Befreiungskampf – gegen Großbritannien – hervorgegangen zu sein. Dass sich die Schaffung vorstaatlicher Strukturen durch die zionistische Bewegung in Palästina dem Wohlwollen der britischen Mandatsherren verdankte, wurde geflissentlich übergangen.

In den ersten Jahren nach der Staatsgründung bemühte sich Israel, dessen Vorläufer, der vorstaatliche Jischuw, schon mit etlichen Ländern in Südamerika befreundet war, vor allem um den Aufbau von Kontakten zu asiatischen Ländern. Durch das Knüpfen diplomatischer Beziehungen zu den islamischen Staaten Türkei und Iran konnte im Nahen und Mittleren Osten geopolitisch ein Gegengewicht zu den Israel umgebenden verfeindeten arabischen Staaten geschaffen werden. In Südostasien waren die außenpolitischen Bemühungen Jerusalems indes weniger erfolgreich. Zwar entwickelte sich in den 1950er-Jahren ein freundschaftliches Verhältnis zu Burma, das von den Briten 1948 in die Unabhängigkeit entlassen worden war. Aber Indien, das eine ähnliche koloniale Erfahrung gemacht hatte, ging zu Israel

nicht nur aufgrund seiner Palästinenser-Politik auf Distanz. Auch sah man in Neu-Delhi den Sinai-Feldzug 1956, in dem die israelische Armee Seite an Seite mit Großbritannien und Frankreich gegen Ägypten kämpfte, als klaren Beweis dafür, dass Israel sich dem Lager des westlichen Imperialismus angeschlossen habe.

Auf Abstand, bis zum Putsch

Während Israel in Afrika schon im Laufe der 1960er-Jahre etliche Länder, vor allem christlich geprägte, als Freunde gewinnen konnte, scheiterten sämtliche Annäherungsversuche an zwei der bedeutendsten islamischen Länder Asiens – Pakistan und Indonesien. Letzteres stand wie Pakistan den Staaten der Arabischen Liga nahe und wies bereits 1950 Jerusalems Ersuchen, eine staatliche Delegation nach Jakarta zu entsenden, zurück. Bei einem Treffen erläuterte Außenminister Ahmed Subardjo seinem israelischen Amtskollegen Moshe Sharett den Grund: Weil Indonesiens Bevölkerung zu 95 Prozent aus Muslimen bestehe, sei die Regierung zu besonderer Vorsicht in der Frage der Kontakte zu Israel gezwungen. 1952 lehnte sie Jakarta mit der gleichen Begründung auch öffentlich ab, wobei es auch noch auf seine Verpflichtungen gegenüber den arabischen Ländern verwies, die Indonesien in seinem Kampf um Unabhängigkeit stets unterstützt hätten. Ende 1953 erließ die indonesische Regierung dann ein Einreiseverbot für alle Israelis. Sie hatte auch entscheidenden Anteil daran, dass Israel in den folgenden Jahren von internationalen Asien-Konferenzen ausgeschlossen wurde. Das Parlament verurteilte 1956 die israelische Beteiligung am Sinai-Feldzug aufs Schärfste und antiisraelische Erklärungen ranghoher indonesischer Politiker gaben bis zum Ende der Herrschaft von Präsident Sukarno 1967 den Ton gegenüber Jerusalem an.

Der linksorientierte und offen proarabische Sukarno wurde schon 1965 durch einen von General Mohamed Suharto angeführten Militärputsch weitgehend entmachtet. Zwei Jahre später löste er ihn im Präsidentenamt ab. Die politischen Säuberungsaktionen der konservativen Militärs richteten sich besonders gegen Linke, Kommunisten und als solche verdächtige Personen, von denen zumindest eine halbe Million ermordet wurden – ein genozidales Verbrechen, das von den westlichen Großmächten geduldet und allem Anschein nach mitunter sogar unterstützt wurde. Obgleich man in Israel, wie inzwischen freigegebene Staatsakten belegen, schon im Winter 1966 über das Ausmaß der Verbrechen in Indonesien im Bilde war, wurde in Regierungskreisen der Machtwechsel in Jakarta als Chance für einen Neuanfang der bilateralen Beziehungen betrachtet.

Weil aber Suharto wie sein Amtsvorgänger offizielle Beziehungen zu Israel um jeden Preis vermeiden wollte, mussten die schon bald geknüpften Kontakte geheim gehalten werden. Die Gesprächspartner des israelischen Außenministeriums und Auslandsgeheimdienstes Mossad waren Generäle, die zu den engsten Vertrauten des Diktators gehörten und häufig auch als Firmenleiter fungierten. Bereits im Mai 1967 schloss eine Tarnfirma des Mossad einen Vertrag mit dem indonesischen Staatsunternehmen Perusahaan Pilot Project Berdikari ab. Neben Phosphaten und Pestiziden verpflichteten sich die Israelis, auch „militärische Ausrüstung“ und „Militäruniformen“ zu liefern. Die geheime Zusammenarbeit erlebte schon kurz danach einen Aufschwung, als Israel im Sechstagekrieg im Juni die arabischen Armeen besiegte. Der schnelle Sieg weckte – wie anderswo auch – bei der indonesischen Militärführung das Interesse an israelischer Militärexpertise. Die israelischen Journalisten Yossi Melman und Dan Raviv behaupteten in ihrem

1992 in deutscher Übersetzung erschienenen Buch „Die Geschichte des Mossad“, dass israelische Militärexperten schon kurz nach dem Krieg bei der indonesischen Armee als Ausbilder eingesetzt wurden. Die bislang vom israelischen Staatsarchiv freigegebenen Akten – es wird vermutet, dass viele noch unter Verschluss sind – geben darüber keine Auskunft. Übrigens auch nicht über eine mögliche israelische Unterstützung des Suharto-Regimes in seiner genozidalen Phase.

Fest steht, dass bereits im Juli 1967 Berdikari-Firmenchef General Suhardiman gemeinsam mit dem Leiter der indonesischen Staatssicherheit Yoga Sugama nach Jerusalem reiste, um über weitere Waffengeschäfte zu verhandeln. Um mit Rohdiamanten zu handeln, gründeten im Oktober 1968 der Mossad und seine indonesischen Partner in Hongkong eine gemeinsame Firma. Geschäftspartner der Israelis war ein gewisser General Ali, vermutlich Ali Murtopo, Leiter der geheimen indonesischen Spezialeinheit OPSUS. Als Jahrzehnte später der israelische Ministerpräsident Itzhak Rabin 1993 Indonesien besuchte und sich in Jakarta mit Diktator Suharto traf, war es keineswegs seine erste Begegnung mit hochrangigen Mitgliedern der indonesischen Staatselite. Denn Teil des erwähnten Israel-Besuchs von General Yoga Sugama 1967 waren auch Treffen mit Außenminister Abba Eban gewesen – und mit Generalstabschef Itzhak Rabin.

Widersprüchliche Beziehungen

Dem Treffen von Rabin und Suharto scheint eine lange Phase der zwischenstaatlichen Kooperation vorausgegangen zu sein, deren Einzelheiten bis heute im Dunkeln liegen. Bekannt ist, dass Israel der indonesischen Armee Anfang der 1980er-Jahre zwei Dutzend ausgemusterte Skyhawk-Kampffjets verkaufte. Ent-

sprechend dämpfte die indonesische Staatsführung während der Suharto-Diktatur, die bis 1998 andauerte, ihre Kritik an Israels Umgang mit den Palästinensern. Diese wurde dann umso lauter von einheimischen islamistischen Organisationen geäußert. Auch die nachfolgenden indonesischen Regierungen meinten, auf die Islamisten Rücksicht nehmen zu müssen, wenn sie wiederholt und auch in jüngster Zeit die Möglichkeit einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel unter Verweis auf den ungelösten Nahostkonflikt ausschlossen. Auch sind Einreiseerlaubnisse vor allem für israelische Urlauber immer wieder eingeschränkt worden. Der bilaterale Handel hingegen scheint zu blühen. Zuletzt schätzte ihn das israelische Außenministerium auf rund 500 Millionen Dollar jährlich. Laut israelischen und indonesischen Presseberichten gehören, wenngleich in begrenztem Umfang, auch Rüstungsgüter aus Israel dazu.



Joseph Croitoru ist Historiker und als solcher Autor vieler Bücher, u.a. 2021 erschienen ist sein Buch „Al-Aqsa oder der Tempelberg“, das sich mit 3000 Jahren Kampf um Jerusalems heilige Stätte beschäftigt. Als langjähriger Autor für die FAZ und NZZ hat er sich einen Namen als unbestechlicher

Chronist von Kultur und Politik in Israel und Palästina gemacht.

THEMA VERFEHLT

documenta: Eine deutsche Debatte

In aller Naivität und Unschuld wollte die documenta 15, kuratiert von der indonesischen Gruppe Ruangrupa, einen basisdemokratisch organisierten und mit kollektiven ästhetischen Praktiken aus dem Süden ausgestatteten Beitrag zu einer gemeinsamen globalen Sprache leisten. Eine solche globale Kultur der Verständigung müsste auch eine globale Erinnerungskultur begründen. Sie muss sich wesentlich um die geteilte und gegensätzliche Erfahrung aus dem Kolonialismus konstituieren. Das ist gründlich schiefgegangen. Und zwar nicht, weil die documenta-Kurator:innen ihre Lektion in Sachen Antisemitismus-Bekämpfung nicht gelernt haben, das haben sie nicht. Sondern weil wir oder sinnbildlich der Westen den Zutritt zu einer globalen Debatte über das Antisemitismusthema versperren. Erinnerungskultur ist quasi zum Hoheitsgebiet des Westens geworden. So wichtig die Erinnerungskultur für Deutschland ist, sie kann nicht für die Welt gelten. Denn dort gibt es andere Themen.

Ich war kürzlich in Brasilien zu einem Vortrag an die staatliche Universität von Rio de Janeiro eingeladen. Ich habe dort über den Antisemitismustreit in Deutschland und die Auseinandersetzung auf der documenta sowie die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembering Alliance (IHRA) ausführlich berichtet, die demnächst auch in Lateinamerika vor allen Dingen Israel-bezogenen Antisemitismus und Regierungspolitik definieren soll. Die IHRA besteht übrigens bis auf ein paar lateinamerikanische Länder nur aus Staaten Europas und des Globalen Nordens. Mein ausführlicher Vortrag über die komplexe Gemengelage stieß auf freundliches Interesse und erstaunte Verwunderung. Von der documenta-Debatte, die wir hier für weltbewegend halten, hatte dort niemand etwas gehört. Sie war schlicht und ergreifend kein Thema. Unsere Selbstwahrnehmung in der Welt entspricht eben nicht der Wahrnehmung durch die Welt.

Die antisemitische Bildsprache, die auf der documenta vereinzelt auftauchte, muss natürlich diskutiert werden. Aber die Art und Weise, wie das in den deutschen Medien vor allem in selbstgefälliger und besserwisserischer Weise geschah, war ein Hinweis auf die unausrottbare Idee westlicher Überlegenheit. Hätten sich dieselben Kritiker:innen ähnlich über das wiederaufgebaute Schloss in Berlin echauffiert, das in seiner Orginaltreue eben auch die Kaiserzeit für historisch anschlussfähig hält, wären sie glaubwürdiger gewesen. So belehrt Deutschland als „Erinnerungsweltmeister“ die Welt.

Die entscheidende Frage lautet gerade hier: Wer spricht? Die Deutschen als „Erinnerungsweltmeister“ oder Menschen, die an einer multiperspektivischen Erinnerungskultur arbeiten? Deshalb waren die Debatten um die antisemitischen Zeichen in Werken auf der documenta abseits der documenta die interessanteren. Zum Beispiel beschäftigte sich der australische Historiker Dirk Moses, er ist schon allein geografisch näher dran, ausführlich mit der Geschichte antisemitischer Zeichen in Indonesien, derer sich die Propaganda-Künstler:innen von Taring Padi offenkundig selbst nicht bewusst waren. Moses unterscheidet zwischen einem populären Anti-Israëlismus und einem realen Antisemitismus, den rechtsradikale niederländische Kolonialsoldaten nach Indonesien brachten und der sich dort mit antichinesischen Ressentiments mischte. „Dekoloniale Muster machten die Juden zum Anderen auf verschiedene Weise. Sie wurden als Weiße markiert und mit einer weiteren Außenseitergruppe, den Chinesen, in Verbindung gebracht“, so Moses.

Globale Erinnerungskultur ist quasi zum Hoheitsgebiet des Westens geworden.

Auch die Tatsache, dass in vielen postkolonialen Diskursen Israel und die Juden immer wieder in eins gesetzt werden, zeigt sich am Beispiel Indonesiens. Suharto, der am Ende seines Regimes Unterstützung bei Islamisten suchte, erklärte seinen Sturz mit einer „zionistischen Verschwörung“, trotz der langjährigen Kooperation mit Israel. Moses zitiert zwei australische Kunsthistoriker, die dem Künstlerkollektiv aus Indonesien, harte Fragen stellten: „Gab es ein wirkliches Verständnis von der Symbolik oder wurde einfach unkritisch die massenhafte Bildersprache übernommen, die im öffentlichen Diskurs zirkuliert, die Antisemitismus mit Antiimperialismus und Antikapitalismus vermischt?“ Auf der bis dato wichtigsten Kunstschau der Welt hat Taring Padi die Trope „des Juden“ benutzt, der ein ausländischer Ausbeuter und ein Kriegsstifter ist. Also eine internationale Gefahr darstellt. Das ist gelinde gesagt eine Katastrophe für alle, die verstehen, dass der israelisch-palästinensische Konflikt auch ein Kolonialkonflikt ist und damit unweigerlich Teil der Debatte um Reparationen für die Folgen des Kolonialismus ist.

Diese documenta ist zu Ende. Ob und wie ihr weitere folgen werden, wird interessant. Wir waren Zuschauer:innen oder Beteiligte an einer deutschen Debatte. Insofern sollte man die Kirche oder welches Gotteshaus auch immer im Dorf lassen.

Katja Maurer



Unschlag- barer Neoliberalis- mus?

Chile nach dem verlorenen
Plebiszit

Schüler:innen protestierten kurz nach Ablehnung des Verfassungsentwurfs in Santiago für bessere Lernbedingungen.



Die sozialen Bewegungen und die Links-Regierung haben gegen eine antipolitische Haltung verloren, die ihre Lebensumstände ablehnt und Änderungen fürchtet

Von Katja Maurer

Zwei Tage nach dem verlorenen Plebiszit für eine neue Verfassung in Chile demonstrierten mehrere Hundert Oberschülerinnen und Oberschüler in Santiago de Chile. Sie sprangen über die Absperranlagen in der Metro und versammelten sich auf der Alameda, der großen Allee im Herzen Santiagos. Die Oberschüler:innen hatten im Herbst 2019 mit genau so einer Aktion die größte Protestwelle in der Geschichte Chiles ausgelöst. Der Estallido Social, die soziale Explosion, bleibt das Ereignis in den letzten Jahrzehnten, das noch immer nachhallt. Volleyball spielend und Steine werfend machten die Oberschüler:innen darauf aufmerksam, dass es mit und ohne neue Verfassung gute Gründe gibt, sich weiter für eine tiefgreifende Veränderung in Chile einzusetzen. Keine Regierung, schienen sie sagen zu wollen, kann die Frustration der Mittelschicht und die Wut der Unterschicht in ruhigere Bahnen lenken.

Die anarchistische Internet-Zeitschrift „Lobo Suelto“ [der nicht angeleinte Hund] bietet in diesen Tagen nach der schweren Niederlage in der Abstimmung um eine neue Verfassung folgende Lesart der Ereignisse: „Der destituierende Gestus ist weiter auf den Straßen und an den Urnen auf Kurs. Der ‚Rechazo‘ [die Ablehnung] hat ein Niveau des Nichteinverständnisses erreicht, das sich nicht einfach nur als Ablehnung eines juristisch-administrativen Textes in einem souveränen, gleichen und auf

Rechte basierenden Land verstehen lässt.“ Es handle sich um eine Kraft, die sich nicht zwischen „links und rechts“ einordnen lasse, sondern eher zwischen „oben und unten“.

Die Oberschüler:innen, die durch ihre soziale Herkunft eine Brücke zwischen den traditionellen linken Milieus und den anarchisch gegen oben gewandten Armutsmilieus darstellen, gehören zu denen, die von Anfang an gegen den im November 2019 ausgehandelten Verfassungskompromiss waren. Damals hatte der heutige Präsident Gabriel Boric nachts seine Unterschrift unter den Vertrag gesetzt, der die Piñera-Regierung vor dem Sturz rettete. Denn die Protestbewegung war so stark geworden, dass die rechte Regierung ernsthaft auf der Kippe stand.

Dieser ohne Rücksprache mit den Kräften der Straße ausgehandelte Kompromiss schien sich im Nachhinein dadurch zu legitimieren, dass die Corona-Pandemie, die ab März 2020 eine Langzeit-Ausgangssperre zur Folge hatte, die soziale Revolte auf den Straßen mit Sicherheit beendet hätte. Außerdem erzielten die sozialen Bewegungen und die linken Parteien in allen Wahlen im Zusammenhang mit dem Verfassungskonvent überwältigende Erfolge. Das führte zu der nun im Nachhinein irrigen Auffassung, tatsächlich für eine große Mehrheit der chilenischen Bevölkerung zu sprechen. Das Vertrauen in die Wahlpflicht

war bei den Mitgliedern aus dem Verfassungskonvent, mit denen wir im März dieses Jahres sprachen, sehr groß. Nun hat sich mit der überwältigenden Niederlage, in der nur knapp 40 Prozent für den neuen Verfassungsentwurf und 60 Prozent dagegen stimmten, gezeigt, dass die Frage der politischen Repräsentanz überhaupt nicht geklärt ist. Ja, dass selbst die großen Demonstrationen, zuletzt die halbe Million am 1. September oder die eine Million Frauen, die am 8. März 2020 demonstrierten, in ihrer Größe beeindruckend waren, aber nur sich selbst repräsentierten.

Sehr aufschlussreiche Abstimmungsdetails

Die linken und linksliberalen Parteien und die sozialen Bewegungen stehen nach dieser Niederlage vor einer kaum zu beschreibenden Herausforderung. Verständlicherweise waren die ersten Reaktionen nach der Ablehnung getragen vom „Weitermachen“. Die Boric-Regierung hatte bereits vor der Abstimmung geplant, das Kabinett entsprechend dem Ergebnis umzubauen. Nun wird Chile die nächsten vier Jahre von einer Regierung geführt, die mit mindestens sechs neuen Ministerinnen und Ministern eher der alten Mitte-Links-Koalition „Concertación“ unter den Präsidenten Lagos und Bachelet gleicht als einem Aufbruch in ein anderes, weniger neoliberales Zeitalter. Finanzminister Mario Marcel, ehemaliger Chef der chilenischen Zentralbank, wird in dieser neuen Regierung noch viel mehr Gewicht haben. Alles, was der auf Extraktivismus beruhenden Wirtschaft schaden könnte, wird er verhindern. Damit geht ein Zyklus in Chile zu Ende, der seit 2006 mit dem Schüler:innenaufstand der Pinguine bis zu den Studierenden-, Umwelt- und Frauenbewegungen tatsächlich eine breite Mehrheit für einen Abschied vom neoliberalen System zu mobilisieren schien.

Wie schwer die Niederlage wiegt, zeigt sich in den Details der Abstimmung. Statt wie bei der letzten Präsidentenwahl 55,6 Prozent beteiligten sich nun 85 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung. Es gab Wahlpflicht, und nicht wählen ist teuer. Nur in acht Kommunen von über 346 gewann das „Apruebo“, und auch das jeweils denkbar knapp. Unter den Frauen unter 34 gewann das Nein mit 58 Prozent, bei allen anderen weiblichen Altersgruppen war die Ablehnung noch höher. Abgelehnt haben sie damit nicht nur eine erste paritätische Verfassung, sondern vor allen Dingen ihr Recht auf reproduktive Selbstbestimmung.

Dasselbe gilt für die indigenen Völker Chiles, die mit der nun abgelehnten Verfassung wenigstens einen plurinationalen Staat und Kollektivrechte sowie eine eigene zivile Justiz erhalten hätten. Aber in Orten wie Tirua in der Provinz Biobio mit einem Bevölkerungsanteil von 70 Prozent Mapuche stimmten 77 Prozent für Nein. Selbst in der Kleinstadt Petorca, die erlebte, wie ihr Wasser in die Avocado-Plantagen floss und die Bewohnerinnen und Kleinbauern kein fließend Wasser mehr hatten, stimmte die Mehrheit gegen die neue Verfassung. Auch hier hätte sie vorgesehen, dass von der Quelle an privatisierte Wasser zu nationalisieren und neu zu verteilen, um allen Bürger:innen eine Grundversorgung mit Wasser zu garantieren.

Selbst die Gefängnisinsass:innen lehnten das „Apruebo“ ab, obwohl ihr rechtlicher Status in jeder Hinsicht verbessert worden wäre. Erste Wahlauswertungen zeigen, dass, je ärmer die Bevölkerung, umso deutlicher war die Ablehnung der Verfassung. Die reichste Spitze einmal ausgenommen. Auf der Abschlusskundgebung sangen alle noch einmal angesichts von 500.000 Demonstrant:innen siegestrunken: „El pueblo unida jamás será vencido.“ [Das geeinte Volk wird niemals besiegt.] Diese

Idee vom „Volk“ muss man nun wohl begraben. In absoluten Zahlen hat das „Apruebo“ im Vergleich mit der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl 200.000 Stimmen dazugewonnen. Hätte es keine Wahlpflicht gegeben, hätte das „Apruebo“ wahrscheinlich gewonnen.

Leben im Hier und Jetzt

Was ist passiert? Ein Blick auf die Kommune Los Molles, 300 Kilometer nördlich von Santiago kann es exemplarisch erklären. Die Kommune hat außerhalb der Saison 3.000 Einwohner, im Sommer das Zehnfache. Das einstige Fischerdorf lebt heute von Tourismus und Marihuana-Anbau. 2013 wurden in der ersten Präsidentschaft von Sebastian Pinera die Fischereirechte zugunsten von sieben Familien in Chile privatisiert. Seither können die Fischer im Dorf nur eine Meile herausfahren und angeln nur noch für den Hausgebrauch. Seither haben die ehemaligen Fischer ihr Geschäft diversifiziert. Sie verpachten ihre Strandparzellen an kleine Kioske. Sie kassieren Miete für Parkplätze an Tourist:innen, die in einem unter Naturschutz stehenden Feuchtgebiet liegen. Die Umweltschützer haben die Mehrheit des Dorfes gegen sich, das vom Tourismus überleben kann und damit noch besser leben will.

Während um die Frage des Umweltschutzes noch ein Ringen und damit vielleicht auch ein Bewusstseinsbildungsprozess stattfindet, zerstört das illegale Drogengeschäft das soziale Gewebe der Kleinstadt durch Gewalttätigkeit und Machismus. Wer bei den illegalen Hanfplantagen einen Sommerjob in der Reifezeit ergattert und mit MP die Pflanzen bewacht, hat hinterher schnelles Geld für einen Pick-up zusammen. In Los Molles, wo die Umweltbewegung von MODATIMA, einem medico-Partner, stark war, wird es für die Aktivist:innen nach der Niederlage des Plebiszits schwer. Schon im Vor-

feld des Plebiszits wurde der Sprecherin der Feministinnen in MODATIMA, Lorena Donaire, das Haus durch Brandstiftung abgepackelt.

Die Prekarität, in der die unteren bis mittleren Schichten leben, ist eine fragile Konstruktion aus legalen und weniger legalen Arbeiten, aus Pitufos (Jobs, die man sich durch Kontakte verschafft) und Krediten. Die großen Änderungen, die die neue Verfassung versprach, haben diese Schichten verunsichert. Gerade die Neuwähler:innen, die nicht Teil der politischen Milieus mit ihren eigenen medialen Netzwerken waren, konsumieren privatisierte Fernsehkanäle, die den reichsten Familien gehören und Billigprogramme bringen. In diesen Medien hat die chilenische Rechte mit Beginn des Verfassungskonvents im Juni 2021, in dem sie nicht einmal eine Sperrminorität hatte, ihre Gegenkampagne mit offenkundigen Lügen gestartet. Das Online-Portal CIPER führte schon wenige Tage nach dem Plebiszit in den Armenvierteln Santiagos eine Umfrage zu den Gründen des Rechazos durch. Das Ergebnis zeigt, dass die Medienkampagnen der Rechten verfangen hat. Die Menschen fürchteten, ihre Häuser, ihre Rente zu verlieren. Und wollten keinen plurinationalen Staat. Wenn jede Idee von sozialem Wohnungsbau oder solidarischem Rentensystem umgedeutet werden kann in ein Ende von kleinstem privaten Eigentum, dann ist eine Verfassungsreform, die ernsthaft einen „sozialen Menschenrechtsstaat“ will, ein schwieriges Unterfangen. Die Ärmsten haben jede Form von Änderung abgelehnt.

Für Karina Nohales, eine der Sprecherinnen der feministischen Bewegung Coordinadora Feminista, lag ein großer Fehler des Verfassungskonvents darin, nicht frühzeitig über das Endplebiszit nachgedacht und so den Rechten monatelang das Feld überlassen zu haben. Tatsächlich war der Konvent in stundenlangen Debatten damit beschäftigt, einen

Konsens für die neue Verfassung zu finden, in der sich alle Abgeordneten und die hinter ihnen stehenden Gruppierungen mit ihren jeweils spezifischen Forderungen wiederfinden wollten. Herausgekommen ist eine der fortschrittlichsten feministischen, ökologischen und postkolonialen Verfassungen der Welt, die nun aber gescheitert ist.

Harte Debatten im Netz

In den Debatten, die gerade überall im Netz stattfinden, werden harte Töne angeschlagen. Da ist schon mal die Rede von der Selbstgefälligkeit und dem Narzissmus der sozialen Bewegungen. Solche Polemiken sind unverdient. Die Frage aber ist, ob es das universelle Subjekt, selbst wenn es, wie die argentinische Feministin Rita Segato im Teatro Caupolican in Santiago wenige Tage vor der Abstimmung verkündete, ab jetzt das weibliche Subjekt ist, überhaupt erst gibt. Und wenn die Idee eines wie in Chile sehr starken linken Projekts keine Mehrheit finden kann, was bedeutet das für die, die es bislang mit so viel Einsatz betrieben haben?

Bislang konnten viele die Anti-Politik, also die Verteufelung aller Politik als Politik von oben, als Protestform nachvollziehen. Nun hat sie die Stimmung für den Rechazo mobilisiert. Wie links diese Haltung der Parteiablehnung wirklich ist, ist die Frage. Und ob sich darin nicht vielmehr eine Form des rechten Populismus widerspiegelt, ebenfalls. Dieser interessiert sich, wie man aus Erfahrung weiß, weder für politische Notwendigkeiten noch für die Herausforderungen der Wirklichkeit. Auch das ist eine Form der Anti-Politik.

Während sich die sozialen Bewegungen die Wunde lecken und ihre Zukunft ungewiss ist, betreibt die Boric-Regierung ihr neues Regierungsgeschäft. Hohe Mitarbeiter:innen der Re-

gierung erzählen im privaten Gespräch, dass man auf soziale Maßnahmen und eine kluge Ordnungspolitik, die die Kriminalität eindämmen soll, setzen werde. Es gelte vor allen Dingen, die Wahl des Rechtspopulisten Kast beim nächsten Mal zu verhindern. Linke Kritiker:innen des Verfassungsprozesses lesen das Abstimmungsergebnis als Zeichen für einen neuen Klassenkampf. Ihr Argument: Das ärmste Fünftel der Wähler:innen hat am deutlichsten gegen den Verfassungsentwurf gestimmt. Die Ausarbeitung der neuen Verfassung sei eine Spielwiese linker Mittelschichtler:innen gewesen und hätte bei genauerem Hinsehen keinen wirklichen Bruch mit dem Neoliberalismus bedeutet. Solche Argumente kommen unter anderem von dem Historiker Sergio Grez. Worauf sie sich bei der Losung vom Klassenkampf stützen außer auf linken Populismus, bleibt allerdings ihr Geheimnis.

Die Entwicklung in Chile rund um den Verfassungsprozess wirft viele Fragen auf. Sie ist eine Lehrstunde für alle, die sich einer grundlegenden Veränderung der Welt verschrieben haben und die Formel im Feminismus oder in der Umweltbewegung gefunden zu haben glauben. Das große Andere, das sich einfach erzählt und jedem und jeder vermittelt, das einen Horizont über Generationen und ihre Kämpfe hinwegspannt, fehlt nach wie vor bitterlich. Kann es das überhaupt geben?

medico hatte mit der Kampagne „Adiós Neoliberalismo“ die sozialen Bewegungen, die sich zu einem eigenen Wahlkampfteam für das „Apruebo“ zusammengetan hatten, unterstützt. Mehr zur Kampagne auf unserer Webseite unter www.medico.de/adios. Unsere Chile-Arbeit wird weitergehen.

Spendenstichwort: Chile

Showdown

Brasilien zwischen Bolsonaro und Lula

Von Niklas Franzen

Als ich diesen Text Mitte September schrieb, stand Brasilien noch vor der wichtigsten Wahl seiner Geschichte. Inzwischen hat der erste Wahlgang stattgefunden. Ich gehe davon aus, dass keiner der Kandidaten in der ersten Runde die absolute Mehrheit holen konnte und es damit Ende Oktober in die Stichwahl geht. Der große Showdown zwischen dem Amtsinhaber Jair Bolsonaro und Ex-Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva kommt erst noch. Mit ihnen stehen sich nicht nur zwei Personen, sondern auch zwei politische Projekte gegenüber.

Der Rechtsradikale Bolsonaro hat in den letzten dreieinhalb Jahren eine Spur der Zerstörung hinterlassen. Wegen seiner Umweltpolitik gilt Brasilien auf internationaler Bühne längst als Pariastaat. Bolsonaros schulterzuckender Umgang mit der Corona-Pandemie verprellte auch viele eher konservativ gestimmte Brasilianer:innen. Am schwersten fällt allerdings ins Gewicht, dass sich Brasiliens Wirtschaft trotz gegenteiliger Versprechungen im freien Fall befindet. Inflationsrate und Arbeitslosigkeit klettern auf immer neue Rekordwerte. Alltägliche Dinge wie Gaskanister zum Kochen sind für viele nicht mehr erschwinglich, vor einigen Monaten nahm die UNO das Land erneut auf ihre Welthungerkarte auf.

Es ist gut möglich, dass Bolsonaro darüber stolpert. Doch seit Monaten bereitet er alles vor, um im Stil Donald Trumps die Wahlergebnisse anzu-

fechten. Mehrfach erklärte Bolsonaro, den Ausgang der Wahl nur dann zu akzeptieren, wenn er als Sieger aus ihr hervorgeht. Je knapper das Wahlergebnis, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass Bolsonaro es auf einen institutionellen Bruch ankommen lässt. Für den Rowdy-Präsidenten steht viel auf dem Spiel. Sollte infolge einer Wahlniederlage seine Immunität aufgehoben werden, dürften er und seine Söhne vor Gericht für zahlreiche Verbrechen verantwortlich gemacht werden. Dem Präsidenten werden vor allem schwere Verfehlungen während der Corona-Pandemie vorgeworfen, aber auch die Verbreitung von Falschmeldungen sowie Anstiftung zur Gewalt. Viele befürchten: Bevor Bolsonaro hinter Gitter wandert, geht er eher mit einem großen Knall unter.

Trotz Bolsonaros autoritärer Sehnsüchte ist Brasilien noch weit von türkischen oder belarussischen Verhältnissen entfernt. Es gibt eine aktive Zivilgesellschaft, kritische Medien, und die demokratischen Institutionen sind halbwegs funktionstüchtig. Das dürfte es Bolsonaro nicht leicht machen, einen Putsch durchzuführen. Auch im Ausland setzen viele auf eine Abwahl des großen Zerstörers, auch die Beziehung zwischen Bolsonaro und US-Präsident Joe Biden ist unterkühlt.

Bolsonaros größter Konkurrent Lula weiß derweil genau, wie er sich zu inszenieren hat: als großer Versöhner und Anti-Bolsonaro. Und er



Suchbild: Wer steht nicht zur Wahl?

tut, was er schon immer am besten konnte: seine Fühler in alle Richtungen ausstrecken. Es ist für ihn kein Widerspruch, morgens durch ein von der Landlosenbewegung MST besetztes Gebiet zu wandern und am Nachmittag bei einem Pressetermin in einer gläsernen Bankfiliale zu sitzen. Durch einen beispiellosen Rohstoffboom stiegen in seiner Amtszeit die Armen ein wenig auf und die Reichen wurden noch reicher. Als er 2011 aus dem Amt schied, lagen seine Zustimmungswerte bei 82 Prozent. So ist es nicht verwunderlich, dass Lula in vielen Brasilianer:innen die Sehnsucht nach besseren Zeiten weckt. Doch die goldenen Zeiten sind vorbei. Im Wahlkampf sendet Lula ambivalente Signale. Er deutete an, die

strengen Abtreibungsgesetze zu lockern, versprach, ein Indigenen-Ministerium einzurichten und von der neoliberalen Sparpolitik abzurücken, sollte er gewählt werden. Außerdem holte er bei inhaltlichen Debatten soziale Bewegungen mit ins Boot, versprach die Bekämpfung der Armut und eine sozialökologische Transformation zur Chefsache zu machen. Gleichzeitig wird der Sozialdemokrat aber wenig konkret, wie er seine ambitionierten Ziele genau umsetzen will. Und Lula sucht gerade auch den Kontakt zur konservativen Mitte. Denn sein Höhenflug in den Umfragen ist wahrlich kein Ausdruck einer Stärke der Linken. Denn die ist eher schwach, zerstritten und orientierungslos. Seit dem Amtsantritt von

Bolsonaro hat es bis auf wenige Ausnahmen kaum Proteste gegen die Regierung gegeben, es fehlt an neuen Ideen und charismatischen Persönlichkeiten. Der 76-jährige Lula scheint tatsächlich der Einzige zu sein, der es vermag, Bolsonaro zu schlagen. Also halten sich viele Linke an die Devise: Erst einmal Bolsonaro abwählen, dann sehen wir weiter. Doch Lula wird viele Zugeständnisse machen und im stark zersplitterten Parlament hart um Mehrheiten kämpfen müssen. Der Spielraum für echte Veränderungen dürfte relativ klein sein.

Gleichzeitig haben sich zwar viele seiner ehemaligen Wähler:innen von Bolsonaro abgewendet, doch der harte Kern seiner Anhänger:innen hält ihm weiterhin die Treue. Gerade wegen seiner Provokationen und der von Hass geleiteten Politik stehen sie bedingungslos hinter ihm. Sollte Lula die Wahl gewinnen, wird er scharfen Gegenwind von ganz rechts bekommen. Denn der Bolsonarismus wird sich nicht einfach in Luft auflösen, auch wenn sein Namensgeber nicht mehr Präsident sein sollte. Denn er repräsentiert eine Idee und eine neue Art, Politik zu machen. In den Parlamenten im ganzen Land sitzen Tausende ultrarechte Ex-Polizist:innen und bibelschwingende Gotteskrieger:innen, die die Politik bereits nach ihren reaktionären Grundsätzen mitgestalten. Auch wenn Bolsonaro im Oktober abgewählt werden sollte, der Geist des Bolsonarismus ist damit noch lange nicht aus der brasilianischen Politik vertrieben.



GLOBAL TROUBLE
Der medico-Podcast

#8: NAH AM ABGRUND: DIE NEUE FOLGE DES MEDICO-PODCASTS BESCHÄFTIGT SICH MIT BRASILIEN VOR DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL, ZERRISSEN ZWISCHEN DEM RECHTS-EXTREM-AUTORITÄREN BOLSONARISMUS UND DER HOFFNUNG AUF EIN ERNEUERTES LINKES PROJEKT NACH EINEM SIEG DES EX-PRÄSIDENTEN LULA. MIT EINSCHÄTZUNGEN DES JOURNALISTEN NIKLAS FRANZEN. ZU HÖREN AUF SPOTIFY, ITUNES UND ÜBERALL, WO ES PODCASTS GIBT.

WWW.MEDICO.DE/PODCAST



Niklas Franzen ist Journalist und Autor des Buches „Brasilien über alles. Bolsonaro und die rechte Revolte“ [Assoziation A].

Die medico-Partner:innen in Brasilien streiten für das Recht auf Land und Gesundheit sowie auf Wohnraum und ermöglichen unabhängige Informationen. Bolsonaro hat jedes dieser Ziele angegriffen. Ohne Illusionen über das, was danach kommt, hoffen sie daher auf seine Abwahl.

Spendenstichwort: Brasilien

Ein Fiasko ist möglich

In der Wahl in Brasilien verdichten sich die politischen Spannungen Lateinamerikas. Interview mit Guilherme Boulos



Guilherme Boulos ist Sprecher der medico-Partnerorganisation „Bewegung der wohnungslosen Arbeitenden“ (MTST), und einer der profiliertesten linken Politiker Brasiliens.

Brasilien steht kurz vor der Wahl und es gibt zaghafte Hoffnungen, dass Lula gegen Bolsonaro gewinnen kann. In Chile und Kolumbien haben in diesem Jahr bereits zwei linke Präsidenten die Arbeit aufgenommen. Steht Lateinamerika wieder vor einer Linkswende?

Wenn wir die Situation in Lateinamerika im Allgemeinen betrachten, müssen wir eines beachten: Jedes Erneuerungsprojekt der Linken erfordert heute, die extreme Rechte zu besiegen. Auch der Sieg von Boric bei der Präsidentschaftswahl in Chile war eine Niederlage der extremen Rechten. In Brasilien stehen wir heute

vor eben dieser Aufgabe. Und Lula ist derjenige, der die besten Voraussetzungen dafür hat.

Die Arbeiterpartei (PT) war von 2002 bis 2016 in Brasilien an der Macht, auch mit einem Präsidenten Lula. Dabei hat sie allerdings politisch auch so enttäuscht, dass es die extreme Rechte an die Macht gespült hat. Hat die Linke aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt?

Erneuerungszyklen sind unvermeidlich, in allen politischen Feldern. Und diese Erneuerung hat vor allem mit der Generationenfrage zu tun. Boric ist erst 35 Jahre alt. Er ist der jüngste Präsident in der Geschichte Chiles, und er kommt aus einem Prozess der Studierendenmobilisierung und dem Volksaufstand. Mit dieser generationellen Erneuerung hat sich auch die politische Agenda erneuert – plötzlich stehen Themen im Fokus, die die Linke im Lauf der Geschichte stets hintangestellt hat. Umwelt, Energiewende, Klimawandel, Bekämpfung der Entwaldung, der Kampf gegen Rassismus, die Geschlechterfrage und die sexuelle Vielfalt. Daneben geht es natürlich weiterhin auch um die Bekämpfung der Ungleichheiten – nun aber vielleicht in einem tiefer gehenden Sinne und mit der Kühnheit, veraltete Strukturen des wirtschaftlichen und politischen Systems selbst anzugehen.

Lula betont häufig, dass er seine Politik aus den Nullerjahren fortsetzen möchte. Doch die Bedingungen sind heute ungleich schlechter.

Das stimmt, die wirtschaftliche Realität nach Lulas Wahl im Jahr 2002 war eine komplett andere. Damals hatte China ein zweistelliges Wachstum, die internationale Wirtschaft florierte, die Rohstoffpreise waren hoch. All das hat es Lula erlaubt, den Binnenmarkt anzukurbeln. Brasiliens Wirtschaft wuchs, im Schnitt um vier Prozent pro Jahr. Im Grunde hat er die Grundlagen einer liberalen Agenda nicht verändert: Weder hat er den freien Wechselkurs noch die Inflationsziele angetastet. Es gab keine Steuerreform, nicht einmal eine Besteuerung der Superreichen. Weil es aber eben viel zu verteilen gab, konnte Lula trotzdem mehr soziale Rechte garantieren und das Leben vieler Menschen verbessern. Dank des Wachstums der Wirtschaft konnte Lula sozialpolitische Programme finanzieren, ohne dabei die Privilegien antasten zu müssen. Es war eine Win-win-Situation à la „die Reichen gewinnen, die Armen gewinnen auch“. Doch das ist vorbei, diese Spielräume gibt es heute nicht mehr. Im Gegenteil: Brasilien ist heute ein verwüstetes Land. Und auch die internationale Wirtschaft befindet sich in einer sehr anderen Situation als damals.

Welche Möglichkeiten hat Lula dann?

Wenn er Erfolg haben will, wird er die neoliberale Agenda grundsätzlich angehen müssen. Er braucht einen mutigen Plan für öffentliche Vorhaben mit öffentlichen Investitionen und finanziellen Bedingungen, um Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen. Er muss eine progressive Steuerreform umsetzen und die Superreichen besteuern. Um die Ernährungssouveränität des Landes zu gewährleisten, kommt er nicht umhin, sich Fragen der Agrarökologie und anderen Formen der Landwirtschaft zuzuwenden. Lula hat ein Mindestmaß

von diesem Bewusstsein, wir haben viel darüber gesprochen. Ob er es dann wirklich wagen würde, das umzusetzen, wissen wir nicht. Aber ich bin überzeugt: Wenn er es nicht wagt, wird er es nicht schaffen, die grundlegendsten Bedürfnisse der Menschen zu decken, und seine Regierung wird in einem Fiasko enden.

Du hast eben von einem politischen Generationenkonflikt gesprochen. Kannst du das noch mal genauer erklären?

Dieser Generationenkonflikt prägt heute weite Teile der Politik. In der Regel haben wir Leute über 60 mit einer eher konservativen Haltung und eine junge Bevölkerung unter 30, die wir herausfordernder, kritischer, rebellischer nennen könnten. Hier in São Paulo stimmten 2020 bei der Stichwahl für das Amt des Bürgermeisters 70 Prozent der über 60-Jährigen gegen mich, während 65 Prozent der unter 25-Jährigen für mich gestimmt haben. In Chile wäre Boric ohne die breiten Mobilisierungsprozesse seit 2019 nicht an die Macht gekommen. Und die Jugend steht an vorderster Front dieser Bewegungen.

Wie erklärst du das Aufkommen der Rechten inmitten von linken Regierungen? Hinzu kommt ja, dass auch „linke Themen“ immer häufiger von rechts besetzt werden.

Natürlich gibt es einen Zyklus der internationalen extremen Rechten – Trump, Orban, Bolsonaro, der Brexit. Überall werden die gleichen Methoden angewendet, einschließlich der Kommunikation und der Manipulation in den sozialen Netzwerken. Der Diskurs des Hasses, die Suche nach einem Feind, das Zusammenschweißen der eigenen Basis – das ähnelt alles stark faschistischen Praktiken. Dass Bolsonaro an die Macht kommen konnte, ist aber auch das Ergebnis eines tiefen Gefühls von Anti-Politik, einer grundsätzlichen Ablehnung von Politik. Das hat damit zu tun, dass von einem Teil der brasilianischen Elite ein Dis-

kurs geschürt und benutzt wurde, der die PT-Regierungen stürzen sollte: Es wurde das Narrativ konstruiert, dass die PT-Regierungen die korruptesten in der Geschichte seien. Von da war es nicht mehr weit dazu, dass die Politik insgesamt korrupt sei. Tatsächlich lässt das politische System Brasiliens viel Raum für Korruption. Das Seltsamste aber war, dass plötzlich Leute mit dem Finger auf andere gezeigt und diese der Korruption bezichtigt haben, die Korruption geradezu repräsentieren. Es war eine extreme Heuchelei. Diese aber hat das Gefühl erzeugt, dass man jemand von außen braucht. Und Bolsonaro wurde so aufgebaut, als wäre er jemand von außen. Das hat zwar nicht gestimmt, aber es hat funktioniert.

Und dann war er Präsident...

Genau. Das Problem ist, dass er dann zu regieren begann und sich hierfür mit den Zentrumsparteien verbündet hat. Diese sind das Korrupteste, was es in der brasilianischen Politik gibt. Letztlich ist die Regierungszeit eine riesige Tragödie mit Hunderttausenden Toten. Brasilien ist seit 2018 auf die UNO-Hungerkarte zurückgekehrt. Wir sprechen über ein Land mit 12 Millionen Arbeitslosen, mit 19 Millionen Menschen in Ernährungsunsicherheit, mit mehr als 30 Millionen informell Arbeitenden ohne Rechte. In der Pandemie hat Bolsonaro absichtlich eine Politik gegen das Impfen und Hygienemaßnahmen initiiert. Der international sichtbarste Teil der bolsonaristischen Katastrophe ist die Zerstörung des Amazonasgebietes, eine Politik der Entwaldung zugunsten des Agrobusiness. Die Menschen haben das gesehen, und das erzeugte auch eine Reaktion gegen den Bolsonarismus. Und wer kann diese Reaktion jetzt anführen? Die Linke! Schließlich hat sich die traditionelle Rechte an die Seite Bolsonaros gestellt und damit jede Glaubwürdigkeit verspielt. Die Linke konnte sich reorganisieren und als starke Opposition halten, auf der Straße und im Parlament.

Besteht ein Problem nicht darin, dass die „Anti-Politik“ auch einen wahren Kern hat und es eine Krise der politischen Repräsentation gibt? Und bräuchte es dann nicht auch neue politische Formen?

Tatsächlich wird diese Debatte angesichts des Bedeutungsverlustes traditioneller Parteien mit zunehmender Kraft geführt. Es gibt unbestreitbar eine Krise der politischen Repräsentation. Viele Menschen fühlen sich von politischen Parteien nicht vertreten. Das ist auch der Grund, warum immer wieder die Idee einer Bewegungspartei aufkommt, in Europa wie in Lateinamerika. Es gibt sie in Chile, sie lebt in gewisser Weise im Congreso de los Pueblos von Kolumbien, im Movimiento al Socialismo (MAS) in Bolivien und in den gesellschaftlichen Artikulationen, die aus der Pi-quettero-Bewegung in Argentinien stammen. In gewisser Weise wurde auch die Arbeiterpartei in Brasilien aus der Logik einer Bewegungspartei geboren: Sie stammt aus dem Gewerkschaftswesen, aus den kirchlichen Basisgemeinden, aus der Bewegung von ländlichen und städtischen Besetzungen. Jedenfalls bringt die Krise der politischen Repräsentation die Notwendigkeit hervor, dass sich die Parteien im konkreten sozialen Kampf der Menschen verwurzeln. Ich komme aus einem Aktivismus in der sozialen Bewegung für menschenwürdiges Wohnen mit Wohnungslosen. Ich war aber auch immer bemüht, diesen Kampf in einen parteipolitischen Prozess zu übersetzen. Ohne diesen stoßen die sozialen Bewegungen an eine Grenze, nämlich an die politische Struktur. Es braucht also fließendere Beziehungen zwischen der Straße und den Räumen der Macht, zwischen Volksorganisationen an der Basis, im Stadtviertel, und der Politik, eine direktere und partizipativere Demokratie. Das könnte ein zentrales Merkmal eines neuen linken Zyklus sein.

Interview: Mario Neumann

medico aktiv

10 Jahre Rojava

Rückblick auf Tagung im
medico-Haus

Zwei Tage lang war das medico-Haus Ort eines ebenso kontroversen wie solidarischen Austausches über Fragen zum demokratischen Projekt „Rojava“, das 2012 in Syrien seinen Ausgang nahm und seither von medico unterstützt wird. So lag es auf der Hand, zum „Zehnjährigen“ mit alten und neuen Weggefährter:innen, Expert:innen, lokalen Partner:innen und Akteur:innen der „Autonomen Selbstverwaltung Nordostsyrien“ Bilanz zu ziehen. Die Gäste aus Nordostsyrien – die politische Verhandlerin Ilham Ehmед vom Syrisch-Demokratischen Rat und der Europavertreter Dr. Abdulkarim Omar von der Selbstverwaltung – berichteten von der Herausforderung, als permanent bedrohter, nicht-anerkannter politischer Akteur international zu agieren. Auch bei den Panels zu konkreten Themen wie den Auswirkungen der Klimakrise, dem Einsatz von Wasser als Kriegsmittel oder dem (internationalen) Umgang mit inhaftierten IS-Anhänger:innen wurde deutlich: Die Selbstverwaltung leistet Enormes, steht aber immens unter Druck. Daher bedarf es nach wie vor politischer und praktischer Unterstützung.



Foto: medico

Die Frankfurter Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg wandte sich zu Beginn der Konferenz mit einem Grußwort an die Referent:innen und Gäste aus Nordsyrien.

www.medico.de/10-jahre-rojava

der utopische raum

es geht auch anders! – der utopische
raum im globalen frankfurt
inspiration für emanzipatorisches
denken und handeln

Kosmopolitismus von unten

Der Utopische Raum in der Paulskirche

„Contrary to populist predictions the cosmopolitan project is not over“, postuliert die Philosophin Seyla Benhabib in ihrer Eröffnungsrede zum Symposium „Kosmopolitismus von unten – Annäherungen an eine globale Demokratie“, das die Initiative „Der Utopische Raum“ – eine Kooperation der medico-Stiftung mit dem Institut für Sozialforschung und der Frankfurter Rundschau – in der Paulskirche und im Offenen Haus der Kulturen in Frankfurt ausrichtet. Kämpferisch verweist Benhabib auf die „kosmopolitische Solidarität von unten“, die sich der Geringschätzung von Frauen, LGBTQI*, Migrant:innen, Asylsuchenden und Natur entgegenstellt. In den folgenden Vorträgen und Diskussionsrunden geht es darum, kosmopolitischen Netzwerken und Gegenöffentlichkeiten nachzuspüren, die Ausdruck demokratischer Prozesse jenseits nationalstaatlicher Grenzen sind. Mit dabei sind u.a. Stephan Lessenich, Sérgio Costa, Barbara Unmüßig, Miriam Saage-Maß und Alberto Acosta. Das Symposium bildet den Auftakt zu einer monatlichen Veranstaltungsreihe und führt zugleich auf den Prozess einer „Global Assembly“ hin, die zum 175. Jahrestag der deutschen Nationalversammlung Teilnehmer:innen aus aller Welt in der Frankfurter Paulskirche zusammenbringen wird, um über Möglichkeiten einer transnationalen Demokratie zu diskutieren.

Hilfe dekolonialisieren

Online-Veranstaltungsreihe mit dem Insitut Mosintuwu

Zu einer „dekolonialen Wende“ in Entwicklungsforschung und -praxis gehört mehr, als die kolonialen Wurzeln und Stabilisatoren der Machtverhältnisse zu entschlüsseln. Dekolonisierung ebnet darüber hinaus Wege zur Verwirklichung alternativer Visionen und Praktiken der Weltgestaltung. In der von medico gemeinsam mit dem Insitut Mosintuwu aus Indonesien geplanten Veranstaltungsreihe „Decolonizing Aid: Planetary Solidarity Beyond Aid“ geht es um die Frage: Wie müssen Hilfe und Entwicklung verändert werden, um Teil einer globalen und gerechten sozial-ökologischen Transformation sowie des Widerstands und der transnationalen Solidarität gegen den „grünen“ Kapitalismus zu sein? Antworten gibt es ab dem 20. November in monatlichen Vorträgen von Tammam Aloudat, Nnimmo Bassey, Lata Narayanaswamy und Julia Schöneberg, immer sonntags, 7:30 pm SULAWESI time // 12:30 pm BERLIN time, auf Englisch, Bahasa Indonesisch und Deutsch.



NEU 1



2



3



4



5



6



7



8



9

Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund:innen, Bekannte und Kolleg:innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier: www.medico.de/material



NEU 1 10 Jahre Rojava – (6 S.) – Der Projektflyer stellt übersichtlich und knapp die medico-Unterstützungen in Rojava vor. Geeignet für Solidaritätsarbeit mit der stets bedrohten demokratischen Selbstverwaltung.

2 Ukraine Global – (8 S.) – Der Flyer im Pocketformat informiert über medico-Hilfe für Menschen unter Beschuss, auf der Flucht, in Dissidenz und entlang der globalen Erschütterungen des Krieges.

3 Das Recht, nicht gehen zu müssen – (30 S.) Parallel zur gleichnamigen umfangreichen Studie, die bei der Arbeiterkammer Wien zu beziehen ist, gibt es diese, von medico mitherausgegebene Broschüre. Sie zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, um das „Recht, nicht gehen zu müssen“ zu verwirklichen.

4 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft – (28 S.) Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

5 Globale Gesundheit – Kurzbroschüre (16 S.). Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor.

6 medico-rundschreiben 02/22 – (60 S.) Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

7 medico-Jahresbericht 2021 – (48 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

8 Inseln der Vernunft schaffen – Der Flyer informiert kurz und knapp über Ziele und Arbeitsweisen der stiftung medio international und ist auch bestens geeignet, potenziell interessierte Freund:innen und Bekannte auf die Stiftung aufmerksam zu machen.

9 Europa ist Exportweltmeister– 12-seitige aktualisierte Kurzbroschüre zum Thema Fluchtursachenbekämpfung, die die Verantwortung der EU für die Schaffung von Fluchtursachen ins Zentrum stellt. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

Ich bestelle:

_____ Flyer 10 Jahre Rojava

_____ Flyer Ukraine Global

_____ DIN A2-Plakat #impfsoli

_____ Broschüre: Das Recht, nicht gehen zu müssen

_____ Broschüre: Globale Gesundheit

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ medico-rundschreiben 02/22

_____ medico-Jahresbericht 2021

_____ Flyer: Inseln der Vernunft schaffen

_____ Broschüre Exportweltmeister

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

kostenlose Materialien bestellen

dass eine Spende in Höhe von _____ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

Bitte einsenden an:

medico international

Lindleystr. 15

**D-60314 Frankfurt am Main
oder faxen an [069] 43 60 02**

Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. Über 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende

wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Gemeinsame Spendenaktionen online starten: [Schul-]Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen sind in Pandemiezeiten nicht möglich – kommen Sie daher online zusammen und starten gemeinsam eine Spendenaktion. Ob zum eigenen Geburtstag oder zur Unterstützung eines konkreten medico-Projektes: Legen Sie auf unserer Internetseite eine Online-Spendenaktion an und teilen den Link über E-Mail und soziale Medien mit Familie, Freund:innen und Kolleg:innen. Entscheiden Sie selbst über Spendenstichwort, einen Text, ein Foto und darüber, wen Sie einladen. Sie können festlegen, ob die Aktion auf dieser Seite öffentlich sichtbar oder privat ist. Die Spendenaktion ist in wenigen Minuten aufgesetzt. www.medico.de/spendenaktion

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
IBAN DE69 4306 0967 1018 8350 02
BIC GENODEM1GLS



Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatisch eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden
Andrea Schuldt und Frank van Ooyen
Tel.: (069) 944 38-0, E-Mail: info@medico.de



Zustiftungen, Testamentspenden und Unternehmensspenden
Gudrun Kortas
Tel.: (069) 94438-28,
E-Mail: kortas@medico.de



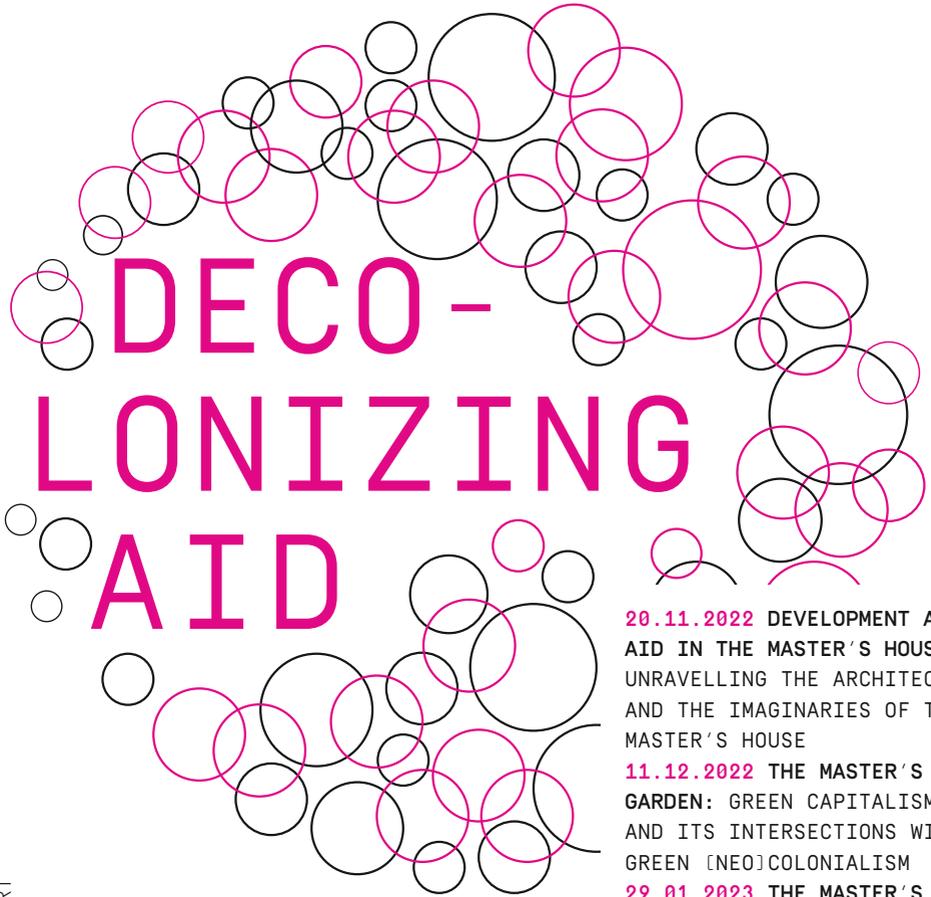
Spendenaktionen und Kommunikation
Anita Starosta
Tel.: (069) 94438-44,
E-Mail: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

Das medico-rundschreiben endet hier, doch keine Panik! Im Netz können Sie weiterlesen und weiterdenken. Im **medico-Blog** mischen wir uns gemeinsam mit Partner:innen in aktuelle Debatten ein. Mit Beiträgen von **Anne Jung, Radwa Khaled-Ibrahim, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Rudhof-Seibert, Anita Starosta u.v.m.** Unser **E-Mail-Newsletter** hält Sie auf dem Laufenden über Aktuelles und Kampagnen, über unseren **Telegram-Kanal** bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „**Global Trouble**“ heißt unser neuer **Podcast**, der ebenso den Blick über den Tellerrand unterstützt wie unsere **Social-Media-Kanäle**. Bleiben Sie mit uns in Verbindung! Alle Optionen gibt es unter medico.de/verbinden oder hier:





DECO- LONIZING AID

MEDICO IN KOOPERATION MIT INSTITUT MOSINTUWU
UND GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

WWW.MEDICO.DE/DECOLONIZING



20.11.2022 DEVELOPMENT AND
AID IN THE MASTER'S HOUSE:
UNRAVELLING THE ARCHITECTURE
AND THE IMAGINARIES OF THE
MASTER'S HOUSE

11.12.2022 THE MASTER'S
GARDEN: GREEN CAPITALISM
AND ITS INTERSECTIONS WITH
GREEN [NEO]COLONIALISM

29.01.2023 THE MASTER'S
GOODWILL: NEW STRANDS OF
HUMANITARIAN AID - STILL
NOT ENOUGH

26.02.2023 SMASHING WINDOWS?
RETHINKING AID BEYOND THE
NORTH-SOUTH AXIS

19.03.2023 DEMOLISHING THE
HOUSE? ABOLITIONISM AND/OFF
AID: AN ABOLITIONIST JUSTICE
APPROACH

SONNTAGS/SUNDAYS/MINGGU:

12.30H BERLIN-TIME/
19.30H SULAWESI-TIME

SPRACHEN/LANGUAGES/BAHASA:
DEUTSCH/ENGLISH/INDONESIA